

## Einführung in marxistisches Denken

*Rainer Bohn: Marxistisches Denken. Philosophie, Gesellschaftsgeschichte, Ökonomie, Baden-Baden: Tectum Verlag 2021, 713 S., 58,00 Euro.*

Aus Anlass von Marxens 200. Geburtstag 2018 sind bekanntlich von zahlreichen Autoren Bücher teils biografischen, teils sein Schaffen reflektierenden Inhalts erschienen. Da liegt die Frage auf der Hand, warum nun noch eines, noch dazu in diesem Umfang und mit beträchtlicher Verzögerung? Die Antwort findet sich, ganz unabhängig von Gedenktagen, im vorliegenden Buch, in dem besonderen Anliegen seines Autors und der daraus erwachsenden Qualität seines Inhalts wie auch dessen Darstellung. Sie heben es aus der ohnehin schon vorhandenen Fülle der Literatur über Marx, dessen Mitstreiter und deren Werk auf beeindruckender Weise heraus.

In den nun schon gut anderthalb Jahrhunderten seit seinen Anfängen in den gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Turbulenzen der frühen kapitalistischen Industrialisierung hat marxistisches Denken eine höchst wechselvolle Entwicklung genommen. Trotz seiner zeitweise großen politischen Wirkmächtigkeit ist es oftmals zu blutleeren, ideenlosem Dogmatismus verkümmert, auf bloße Weltanschauung reduziert oder gar als gefährliche Ideologie verdammt, dabei seines besonderen wissenschaftlichen Zugangs zur Welt entkleidet und der Möglichkeit produktiven Gebrauchs auch in unseren Tagen beraubt worden.

Vor diesem Hintergrund weiß der Autor die Kernideen und besonderen Methoden marxistischen Denkens zur

wissenschaftlichen Analyse gesellschaftlicher Entwicklung für heutige Leser verständlich zu entfalten und kompetent auf unsere heutigen komplexen und dynamischen gesellschaftlichen Verhältnisse anzuwenden. Marxistisches Denken begreift den Menschen als ein Werkzeug und Zeichen herstellendes und gebrauchendes Tier, das nicht mehr wie alles Leben dem „Stoffwechsel mit der Natur“ nur unterworfen ist, sondern diesen, von der Evolution dazu befähigt, in bewusster Tätigkeit gemeinschaftlich zu organisieren vermag. Dabei existieren die Dinge der Welt außerhalb und unabhängig vom menschlichen Bewusstsein, sie unterliegen permanenter Veränderung, sind in ständiger Bewegung. In Gestalt repräsentierter Wahrnehmungen vermag sich der *homo sapiens* ein Bild von der Natur, von sich und seiner Tätigkeit in der Natur zu machen, darüber zeichenbasiert fortschreitend zu reflektieren und zu kommunizieren.

In dieser Welt ständiger Bewegung erweist sich die Dialektik als adäquate Methode der Erkenntnis, der zufolge die allen Dingen der Welt innewohnende Einheit von Gegensätzen, von Wirkung und Gegenwirkung, als Triebfeder von Bewegung begriffen werden kann. Dieses Grundprinzip wird dann im weiteren Verlauf ausführlich auf die gesellschaftliche Entwicklung, vor allem auf die Entwicklung von Arbeit als bewusster Tätigkeit des Produzierens der Existenzmittel menschlichen Lebens angewandt. Begriffe und Erkenntniszusammenhänge sind dabei stets nur Momentaufnahmen im Prozess von Entstehen und Vergehen und bilden in der Sache nur einen Ausschnitt aus der Gesamt-

heit unendlich verschlungener Beziehungen und Wechselwirkungen. Ihre Richtigkeit kann sich nur durch Bewährung in der Praxis selbst erweisen. Auf diesen Grundprinzipien dialektisch-materialistischer Weltwahrnehmung aufbauend ist dann der weitaus größte Teil des Buches der Analyse kapitalistischer Gesellschaften gewidmet und hier vor allem der politischen Ökonomie des Kapitalismus in seinen neueren und neuesten Erscheinungsformen. An der Fülle der untersuchten Veränderungen erweisen sich in mehrfacher Hinsicht die Tragfähigkeit der skizzierten Grundprinzipien der Weltwahrnehmung, ihre produktive Anwendung und Nützlichkeit als bewährte Methode der Erkenntnisgewinnung. Ebenso treten dabei die besonderen Stärken ihrer verständlichen, reichlich mit Anschauungsmaterial unterfütterten Darstellung hervor. Kenntnisreich und achtsam auf Details werden dabei etwa die Prozesse der Entstehung von Wert und Mehrwert, der organisierten Verwendung von Arbeitskraft oder der Akkumulation und Zirkulation von Kapital mit ihren immanenten Problemen unter dem derzeit erreichten Entwicklungsstand der Produktivkräfte analysiert. Neue Formen des Strukturwandels von Arbeit, ihrer Organisation und der Verwendung technischer Arbeitsmittel sowie der Sicherung von Herrschaft nehmen breiten Raum ein (mit besonderem Augenmerk auch auf vernetzter Computertechnik). Dabei gelangt die Darstellung zu Einsichten und Ergebnissen, die oftmals methodisch eher konventionell angelegte Studien an Schlüssigkeit und Verständlichkeit übertreffen. Alles in allem „liefert dieser Band eine systematische, verständlich argu-

mentierende und bis in die Gegenwart reichende Darstellung“, wie es im Klappentext heißt. Dieses Versprechen kann als voll und ganz eingelöst gelten. Dank der Fülle aktueller erläuternder Beispiele für oftmals schwierige, doch verständlich dargelegte Sachverhalte, dank seiner durchdachten, feingestufteten Gliederung sowie dank zahlreicher Querverweise im Text ist das Buch didaktisch gut aufbereitet. Das macht es zu einem trotz seines Umfangs gut nutzbaren Lern- und Arbeitsbuch, umso mehr, als es in jargonfreier, klar verständlicher Sprache geschrieben ist. Marxistisches Denken erlebt darin eine Befreiung von oftmals dogmatischen Verengungen oder selektiven Verkürzungen und erscheint dem Leser wieder naheliegend und ganz lebendig, noch heute auf der Höhe der Zeit. Marx und seine Mitstreiter werden so zu überzeugenden Lehrmeistern und laden förmlich dazu ein, sich ihrer dialektisch-materialistischen Erkenntnis- und Denkweise zu bemächtigen, um sich mittels seines eigenen Verstandes ein angemessenes Bild von der Welt zu machen oder sie gar selbstständig für eigene Forschungsfelder und Analysen gesellschaftlicher Entwicklung zu verwenden.

*Peter Brödner*

### **Machttheoretische Zugeständnisse des strukturalistischen Marxismus**

*Søren Mau: Stummer Zwang. Eine marxistische Analyse der ökonomischen Macht im Kapitalismus, Dietz, Berlin, 2021, 360 S., 29,90 Euro*

Das aus der Dissertation des dänischen Philosophen Søren Mau ent-

standene Buch, das 2021 zuerst auf Dänisch und Deutsch publiziert wurde und im Laufe dieses Jahres auf Englisch erscheinen wird, ist vor allem eine Autokorrektur des strukturalistischen und zirkulationstheoretischen Marxismus in der Linie der sog. „Neuen Marx-Lektüre“. Der Autor beansprucht nichts Geringeres, als eine Theorie der ökonomischen Macht in kapitalistischen Gesellschaften in ihrem idealen Durchschnitt auf Basis des marxischen *Kapital* und verdichtet in Marxens Konzept des „stummen Zwangs“ zu entfalten. Mau will damit eine Frage beantworten, die mit der jüngsten Rückkehr des Klassenbegriffs in den marxistischen Mehrheitsdiskurs wieder ins Zentrum der Theoriediskussion gerückt ist und bis dato insbesondere eine Schwäche werttheoretischer *Kapital*-Interpretationen darstellt: Inwiefern und wie wird Herrschaft in der kapitalistischen Ökonomie ausgeübt?

Die Argumentation wird konzis vorgebracht. Die Arbeit ist stilistisch beeindruckend geschrieben sowie mit reichlich Quellen auf dem Stand der wissenschaftlichen Forschung ausgestattet. Es werden zahlreiche aktuelle Debatten berücksichtigt, in denen sich der Autor positioniert. Er diskutiert überwiegend treffend die Rolle weiblicher Reproduktionsarbeit und von Rassismus in der Kapitalismusanalyse oder, weniger überzeugend, Foucaults mystifizierende Machttheorie mit Bezug zu ökonomischen Machtformen. Marxologie auf hohem Abstraktionsniveau geht Hand in Hand mit konkreten Modellen (Landwirtschaft, Logistik und Überschussbevölkerung), anhand derer die Theorie veranschaulicht und weiterentwickelt wird. Handwerklich gibt es insgesamt wenig Anlass für Kritik.

In der Sache liegen die Dinge anders. Gegen Maus Theorie ökonomischer Macht sind auf allen drei Entwicklungsschritten seiner Argumentation – „Bedingungen“, „Beziehungen“ und „Dynamik“ ökonomischer Macht –, die zugleich Abschnitte des Buchs darstellen, Einwände unumgänglich. Grund dazu geben nicht nur seine Behauptungen über Marx und dessen Werkentwicklung, Maus bei aller berechtigten Kritik abschätziger Umgang mit dem traditionellen Marxismus, wie es für die neue Orthodoxie der „Wertformtheorie“ (74) üblich ist, oder seine Thesen zur sozialen Ontologie ökonomischer Macht, die er im ersten Abschnitt des Buchs entwickelt.

Die zentralen Probleme betreffen vor allem Maus Kernargument, das er im zweiten Teil darlegt. Dem Autor zufolge charakterisiere eine unpersönliche Herrschaft des Kapitals die kapitalistische Produktionsweise. Sie entspringe den zwei „Hauptquellen der ökonomischen Macht des Kapitals“ (31) und ihrem Zusammenwirken.

Die erste Quelle sind Mau zufolge die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse. Bei ihnen handele es sich um die sozialen Beziehungen, „durch die ‚die Bedingungen der Möglichkeit des gesellschaftlichen Lebens‘ strukturiert werden“ (145), d.h. um die „transzendente Klassenherrschaft“ (128) der Kapitalisten über die Proletarier. Diese Relation ist, so der Autor, politischer Natur und als „umfassendere“ (133) Form der Herrschaft „dem Ausbeutungsverhältnis vorausgesetzt“ (133). Das Proletariat wird hier „nicht durch die Arbeit definiert, sondern durch die radikale Spaltung zwischen dem Leben und seinen Bedingungen“ (134).

Die zweite Hauptquelle der ökonomischen Macht des Kapitals gehe aus der Zirkulation hervor, in der horizontale Beziehungen sowohl zwischen den Kapitalen als auch zwischen den Proletariern bestünden. Durch nachträgliche Vergesellschaftung der Arbeitsprodukte voneinander unabhängiger Privatproduzenten (Wert) entstünde, so Mau, „ein quasi-autonomes System von realen Abstraktionen (...), die sich mittels einer unpersönlichen und abstrakten Form der Herrschaft allen aufzwingen“ (187), „unabhängig von ihrem Klassenstatus“ (179). Die Konkurrenz als entwickelte Form des Werts sorgte schließlich dafür, dass „sich die Marktteilnehmer gegenseitig ‚die Herrschaft des Kapitals‘ durch ‚wechselseitige[n] Zwang‘ auferlegen“ (220).

Aus dem Zusammenspiel von Klassenherrschaft und Herrschaft des Marktes ergeben sich Mau zufolge noch weitere, dynamische Formen der ökonomischen Macht, die er im dritten Abschnitt des Buchs zunächst als Machteffekte behandelt. Der Autor versucht aber anhand der kapitalistischen Umgestaltung des Arbeitsprozesses, des Naturverhältnisses, der Geographie sowie der Produktion einer relativen Überschussbevölkerung und von Krisen zu zeigen, wie diese Prozesse sich zu neuen Quellen der Macht entwickeln, weil sie zu Voraussetzungen neuer Produktionsprozesse auf erweiterter Stufenleiter werden.

Die beiden Hauptquellen der Macht wirken, das ist für Maus Ansatz entscheidend, nicht direkt auf die Menschen, sondern auf die „materiellen Bedingungen ihrer Reproduktion“ (138). Diese würden so verändert, dass die Menschen zu kapitalkonformen Handlungen genötigt werden. In-

sofern sei es auch unangebracht, Macht als „eine unmittelbare Beziehung zwischen zwei sozialen Akteuren“ (138) zu interpretieren. Die Trennung der Menschen von ihren natürlichen Reproduktionsbedingungen durch die Eigentumsverhältnisse erlaube es dem Kapital, „sich als Vermittler zwischen ihnen einzuschalten“ (136) und führe zur Marktabhängigkeit der Menschen für die eigene Reproduktion. Die Macht des Kapitals in der Zirkulation wiederum bewirke mittels Wert und Konkurrenz, dass die Menschen die Verwertung des Werts durch ihr individuelles Handeln zum Modus Operandi der sozialen Reproduktion machen und diesem auch nicht entgehen können.

Zwei Weiterentwicklungen zeichnen Maus Ansatz gegenüber anderen Formen strukturalistischer und zirkulationsmarxistischer Zugänge aus und machen ihn zu einer Korrektur letzterer. Erstens kritisiert er ausdrücklich Weltanschauungen, denen zufolge das Kapital eine Art säkularisiertes Weltgeistsubjekt sei. Ebenso distanziert er sich von auf die Fetischformen zentrierten Lesarten des *Kapital*. Zweitens betrachtet Mau die Klassenherrschaft, wie sie aus den Eigentumsverhältnissen entspringt, als eine relativ selbständige Basis ökonomischer Macht.

Gleichwohl geht diese zweite Korrektur mit einer doppelten Verkürzung einher. Einerseits interpretiert Mau die Eigentumsverhältnisse ausschließlich als vorausgesetzte Struktur, nicht auch als etwas, das durch das alltägliche Handeln der Kapitalistenklasse reproduziert wird. Zweitens reduziert er die Klassenbeziehungen auf ein politisches Machtverhältnis. Hier, wie in

der gesamten Darstellung, wird Macht der Ausbeutung vorgelagert, ohne zu erklären, warum dem so sein sollte, woher Macht ohne Reichtum eigentlich kommen soll, wieso Macht „an sich“ erstrebenswert ist usw. Das Streben der Einzelkapitalisten sowie der Kapitalisten als Klasse nach Profit und damit nach der Aufrechterhaltung der Eigentumsverhältnisse erscheint hier nur als oktroyierter Imperativ der Verhältnisse.

Dies korreliert mit Maus zirkulationistischem Verständnis von Kapital und der vermeintlichen Herrschaft der Wertformen über alle Menschen. Mau bestimmt nämlich Kapital als „eine soziale Logik“ (47), als „Wert in Bewegung“ (53). Mit anderen Worten: Das Kapital wird hier auf Höhe des vierten Kapitels des *Kapital* verstanden, als Ergebnis der Zirkulation allein. Nun ist es nicht gänzlich falsch, wie Mau es macht, das Kapital als „emergente Eigenschaft“ (53), also als eine vergegenständlichte soziale Beziehung zu beschreiben, die als gesellschaftliche Struktur allen Marktteilnehmern gegenübertritt. Gleichwohl lässt sich das Kapital erstens nicht darauf reduzieren. Das Kapitalverhältnis ist erst am Ende der drei *Kapital*-Bände als über den Markt vermitteltes soziales Klassenverhältnis gänzlich entwickelt. Mau schließt aber die aus dem Produktionsverhältnis und dem Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion resultierenden Bestimmungen des Kapitals aus. Zweitens impliziert dieses über Sachen vermittelte Verhältnis zwischen Personen weder, dass die Klassen gleichermaßen dem Markt ausgeliefert sind, noch, dass eine „Logik“ oder Dinge über Arbeiter herrschen. Denn auch diese Dinge sind ohne ihre

Träger, d.h. die Kapitalisten, und deren Beziehungen zueinander und zur Arbeiterklasse nichts.

*Christian Stache*

## „Jüdische Frage“ und Arbeiterbewegung

*Riccardo Altieri, Bernd Hüttner, Florian Weis (Hrsg.): „Die jüdische mit der allgemeinen proletarischen Bewegung zu vereinen“. Jüdinnen und Juden in der internationalen Linken (= luxemburg beiträge Nr. 5), Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2021; 120 Seiten, kostenlos ([https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/luxemburg\\_beitraege/beitraege\\_5\\_Juden\\_in\\_der\\_Linken.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/luxemburg_beitraege/beitraege_5_Juden_in_der_Linken.pdf))*

Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist ohne die Prägung durch Persönlichkeiten jüdischer Sozialisierung undenkbar. In ihrem politischen Selbstverständnis und Agieren spielte dieser Hintergrund meist eine untergeordnete Rolle, verstanden sie sich doch als Internationalisten. Dennoch hatte die über Jahrhunderte gewachsene jüdische Erfahrung als religiöse und kulturelle Minderheit wesentlichen Einfluss auf diese Akteure: hinsichtlich ihrer emphatischen Wahrnehmung von Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Marginalisierung, sowie der intellektuellen Beschäftigung mit Ursachen und Notwendigkeiten zu deren Bekämpfung. Im Zeitalter von Industrialisierung und Nationalstaatsbildung verschärften sich diese Faktoren. Dies bedurfte einer politischen Lösung für alle Menschen – für eine humanistische, solidarische Gesellschaft. Der Anteil jüdischer Sozialisten an dieser Bewegung wurde bereits in zum Teil

ausführlichen Einzelschriften thematisiert. Was fehlte, war eine Zusammenführung, wie sie die Rosa-Luxemburg-Stiftung nun vorlegt.

Dieses Themenheft konzentriert sich auf die unterschiedliche Haltung jüdischer Sozialisten zur „jüdischen Frage“, die Teil des Nachdenkens über Alternativen zum Kapitalismus ist. Der einführende Blick auf den Forschungsstand fokussiert vor allem deutsch-jüdische Intellektuelle und Politiker, die mit ihren Antworten auf die sozialen und politischen Fragen ihrer Zeit gleichsam Grundlagen schufen und Positionen bezogen, mit denen sich Linke bis heute identifizieren oder kritisch auseinandersetzen. Die fehlende rechtliche Gleichstellung der Juden, Antisemitismus oder Aspekte jüdischer Identität wurden angesichts des Kampfes der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung, Krieg und Kolonialismus aber nachrangig. Ihre Ausblendung entwickelte sich darum zum Konflikt innerhalb der linken Bewegung – und manifestiert sich heute an der Haltung zum Judentum und zum Staat Israel. Die Herausgeber diagnostizieren schließlich ein Ende der emanzipatorischen „Allianz aus Judentum und Arbeiterbewegung um 1970“ (13).

Um diese nicht zu vergessen, ist eine Einordnung der jüdisch-nichtjüdischen Beziehungen in den historischen und politischen Kontext nötig. Das wiederum setzt die Kenntnis der unterschiedlichen Erfahrungen von Juden sowie die der kulturellen Hintergründe des Judentums voraus. Die im Anhang des Heftes angeführten Leseempfehlungen sind hierzu ein Schlüssel.

Der erste Abschnitt thematisiert zwei linke Konzepte, die heute anerkannter

Teil der jüdischen Geschichtsschreibung sind. *Gertrud Pickhan* verortet den Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund in einen Rahmen, der aus der Betonung des Hierbleibens, der Lage im russischen Ansiedlungsrayon resp. Polen und der Verankerung in der internationalen Arbeiterbewegung bestand. Ohne groß auf die rechtliche Situation der Juden in Osteuropa einzugehen, werden Ursachen, Ziele und Wegmarken der Konstituierung als Partei skizziert. Die Anerkennung der Juden als Minderheit gleich anderen Nationalitäten mit eigener Sprache war eine zentrale Forderung. Kulturelle Infrastruktur und Bildungsarbeit für die Stärkung der Identität, eine Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Arbeiterparteien sowie eine Orientierung am Alltag werden als Elemente bundistischer Politik genannt, die Tausende auch aus dem nichtjüdischen Milieu erreichte. Trotz Resignation über die nicht erreichte Humanisierung der jüdischen Lebenswirklichkeit blieben die russischen Revolutionen als Orientierung. Zu einer Befürwortung zionistischer Ziele kam es jedoch nie, daran änderte auch die Auflösung des Bundes in der NS-Zeit nichts.

*Angelika Timm* widmet sich dem Zionismus, wie er durch linke Juden vertreten bzw. reflektiert wurde. Entstanden als Antwort auf den Antisemitismus in Europa am Ende des 19. Jh. war das Ziel dieser Bewegung, einen eigenen Staat für das jüdische Volk zu schaffen. Der gründete sich 1948. In der Analyse des ihm zugrunde liegenden Arbeiterzionismus wird deutlich, dass trotz schwieriger politischer Bedingungen, sozialer Herausforderungen und verschiedener Konzepte über die Gestaltung der Gesellschaft und ihre

Sicherheit stets Kooperation und Dialog mit den Palästinensern im Zentrum (nicht-) zionistischer linker Politik standen. Da dies aktuell keine Mehrheit in Israel findet, brauche es neue Partner.

Einen geografischen Zugang bieten die kursorischen Blicke von *Hanno Plass* auf linke Juden in Südafrika und von *Florian Weis* auf Juden in der britischen Arbeiterbewegung. Während sich erstere aufgrund ihrer Ausgrenzungserfahrungen in der KP und nach 1948 in der Anti-Apartheid-Bewegung engagierten, gründeten Juden in Großbritannien bereits früh eigene Organisationen. Sie wurden gleichberechtigter Teil von KP und Labour-Partei mit ihrem Prinzip der „broad church“ und unterstützten Verfolgte des NS-Regimes – bis die Gründung Israels neue Konflikte brachte.

Der biografische Teil stellt eine Frau und drei Männer vor, die mit ihrem Judentum unterschiedlich umgingen, zwischen denen aber die Shoa als Zäsur liegt. *Dana Mill* schreibt zu Rosa Luxemburg, dass sie „immer stolz auf ihr Jüdischsein“ (45) gewesen sei, belegt dies aber mit keinem überzeugenden Beispiel. Anders *Axel Fair-Schulz*, der bei Jürgen Kuczynski nirgends eine Arbeit oder ein Bekenntnis zu jüdischen Aspekten gefunden hat, ihn aber mit der Selbstkritik zitiert, nie die Shoa wissenschaftlich thematisiert zu haben. *John Will* zeichnet Jakob Moneta als einen Menschen, der sich zeitlebens als jüdischer Sozialist und Gewerkschafter verstand und als solcher agierte. Ebenso war Theodor Bergmann seit seiner Jugend Sozialist, der sich wissenschaftlich mit der Linken beschäftigte und, so *Mario Kessler*, „vom Nahostkonflikt mehr

als fast alle anderen deutschen Linken“ (98) verstand.

Beim Blick auf Deutschland in der Zeit nach 1968 setzt *Zarin Aschrafi* stark auf ein Spannungsverhältnis zwischen der sich neu konstituierenden deutschen Linken und remigrierten linken Juden, das wohl eher die Ausnahme war. Nicht erwähnt wird leider deren Positionierung zum Dialog mit den Palästinensern.

Insgesamt ist die Broschüre eine Annäherung an eine Beziehungs-geschichte, die zur weiteren Beschäftigung einlädt. Man darf auf das Folgeheft zu Biografien linker Juden gespannt sein.

*Anke Geißler-Grünberg*

## **Kommunistischer Christ**

*Erwin Eckert: Antifaschismus, Frieden, Demokratie. Reden und Texte (1945 – 1959). Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer, Band 1: Einführung, Band 2: Dokumente, 823 Seiten, Essen: Neue Impulse Verlag 2021, 39,60 Euro*

Der Marburger Historiker und Politikwissenschaftler Friedrich-Martin Balzer – Schüler von Wolfgang Abendroth – hat in den vergangenen Jahren u.a. zahlreiche Textsammlungen bedeutender Vertreter des Marxismus, Sozialismus und Kommunismus des 20. Jahrhunderts (u.a. Abendroth, Heinz Düx, Eric Hobsbawm, Hans Heinz Holz) sowie des Radikaldemokraten Helmut Ridder) herausgegeben (Band 1: 175). Mit dieser Edition krönt er seine mehr als 60jährige Beschäftigung mit dem ehemaligen protestantischen Pfarrer Erwin Eckert (1890 – 1972), der 1931

in Mannheim der KPD betrat und dieser bis zu seinem Tode (als Mitglied der DKP) angehörte. Balzer – selbst Sohn eines protestantischen Pfarrers – hat seit den Vorarbeiten zur Dissertation (1973) über Eckert geforscht und publiziert (Band 1: 177 – 181, fast 50 Veröffentlichungen von Balzer über Eckert) und dabei die intellektuelle und politische Biographie dieses (schließlich) bedeutenden Vertreters der kommunistischen Arbeiterbewegung im „Zeitalter der Extreme“ (Hobsbawm) rekonstruiert und gewürdigt.

Mit den jetzt vorliegenden Bänden wird vor allem die Tätigkeit von Eckert als Vorsitzender der KPD Badens (1945 – 1950) sowie als Abgeordneter und Fraktionsvorsitzender der KPD in den Landtagen von Baden (1948 – 1952) sowie von Baden-Württemberg (1952 bis zum KPD-Verbot 1956) dokumentiert. Dazu kommen Vorträge und Zeitungsartikel, die er in dieser Zeit als Mitglied des Weltfriedensrates verfasst hatte, für die er 1960 wegen „Rädelsführerschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation“ von einem Düsseldorfer Gericht zu neun Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt wurde. Im Mittelpunkt des ersten Bandes, der mit einen Beitrag von Gert Meyer über die „Einiigungsbestrebungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in Südbaden nach 1945“ (9-28) eröffnet wird, steht ein langer Text von Balzer („Erwin Eckert – Revolutionär in nichtrevolutionären Zeiten“, 29-140), gefolgt von einer Zeittafel (141-147), in der die wichtigsten Ereignisse der Jahre zwischen dem Kriegsende im Mai 1945 und dem Jahr 1960 festgehalten sind. Der lange Text von Balzer intendiert eine Auswertung des

umfangreichen Quellenmaterials, das im zweiten Band (199-823) präsentiert wird.<sup>1</sup> Auf jeden Fall handelt es sich dabei um eine wertvolle Quellenedition, die einen wichtigen Beitrag für die Erforschung a) der Nachkriegsperiode des Kalten Krieges, und b) der kommunistischen Linken in Westdeutschland leistet. Diese stand durch Organisations- und Berufsverbote, durch ein ideologisches Klima, das vom Antikommunismus als Staatsideologie dominiert wurde und schließlich durch das Verbot der KPD im Jahre 1956 und die anschließenden Verfolgungen von Kommunisten in der BRD unter einem enormen Druck, der natürlich auch durch die bipolare Konfrontation der Systeme auf deutschem Boden (DDR – BRD) verstärkt wurde.

Über die Quellen lassen sich die wichtigsten Etappen des Kampfes a) um die antifaschistisch-demokratische Neuordnung nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition im Mai 1945, sowie b) gegen die sich im Zeichen des Kalten Krieges bald vollziehende Restauration der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse sowie gegen die mit der Gründung des Separatstaates „Bundesrepublik Deutschland“ (seit 1949), verbundene Spaltung Deutschlands nachvollziehen. Eckert intervenierte in die frühen Verfassungsdebatten, in denen die „Neuordnung“ von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat im Mittelpunkt stand. Früh engagierte er sich

<sup>1</sup> Dabei verwirrt den Leser die Zitierweise im 1. Band, wo nicht auf die entsprechenden Texte im 2. Band, sondern auf die Originalquellen (also z.B. die Landtagsdebatten oder auf Presseartikel) verwiesen wird. Das erschwert etwas die gründliche Lektüre!



für die KPD in der Auseinandersetzung um die Gründung der BRD (1948/49). Danach verband er die Kritik an der Spaltung mit der Unterstützung jener Kampagnen, die von der KPD und der SED für die deutsche Einheit und gegen die Remilitarisierung unternommen wurden. Im Verlaufe der 50er Jahre trat dann der Einsatz für Frieden und Abrüstung, gegen den „Atomtod“ in den Vordergrund. Dabei spielten internationale Ereignisse eine große Rolle – der Koreakrieg, die Suezkrise, Kolonialkriege von Frankreich und Großbritannien, aber auch die militärische Niederschlagung von Aufständen in den kommunistisch regierten Staaten (DDR 1953, Ungarn und Polen 1956), was allerdings von Balzer unterschätzt wird. Und schließlich verteidigte Eckert unermüdlich das Erbe des Antifaschismus gegen die alten Nazis und gegen die im Adenauer-Regime seit 1949 herrschenden nationalkonservativen Kräfte, die im Schatten des Kalten Krieges und im Geiste des zur Staatsdoktrin erhobenen Antikommunismus den inneren Krieg gegen die Linke führten. Immer wieder muss er gegen die Repressionsmaßnahmen gegen die KPD und ihre Angehörigen protestieren und dabei daran erinnern, dass viele der Polizeioffiziere, Staatsanwälte und Richter Mitglieder der NSDAP, der Gestapo und der SS gewesen waren.

Eckert vertrat als Parteivorsitzender in Baden und als Fraktionsvorsitzender im Landtag überwiegend Positionen der KPD, die mit denen der SED und der KPdSU übereinstimmten. Er war ein kluger und brillanter Redner, der durch die Zwischenrufe von Seiten der CDU und der SPD immer wieder zu schlagfertigen Gegenreden moti-

viert wurde. Besonders seine Bibelfestigkeit als Instrument der politischen Agitation musste seine Gegner provozieren. Man spürt, dass dieser ehemalige Pfarrer, der vor 1933 nicht nur in Mannheim Massenversammlungen von Arbeitern begeisterte, als Sprecher der kommunistischen Partei in Parlamenten mit konservativen Mehrheiten mit einem extrem feindseligen Umfeld konfrontiert war.

Balzer hebt immer wieder hervor, dass Eckert „aus seinem christlichen Glauben ... seit seinem Eintritt in die KPD ... zu keinem Zeitpunkt ein Hehl gemacht hat“ (126/1127). Er „eignete sich ... eine materialistische Weltanschauung an, ohne jedoch seinen christlichen Glauben aufzugeben“ (131). Das Austragen dieser notwendigen Spannung durchdringt natürlich auch seine politische Arbeit. Dabei war es vor allem der Kampf für den Frieden, in dem der religiöse Kommunist Eckert auch Verbündete unter Christen gewinnen konnte. Er vertrat dabei die Friedenspolitik der Sowjetunion und ihrer Verbündeten seit dem XX. Parteitag der KPdSU von 1956.

Balzer – selbst in einem protestantischen Pfarrhaus aufgewachsen und einst Sprecher des Marburger Friedensforums – identifiziert sich mit der „Jahrhundertgestalt“ Eckert (130). Mit einem Ausschuss des US-Repräsentantenhauses, der sich gewiss auf Informationen durch die CIA stützte, hebt er Eckert sogar auf eine Stufe mit den „in der Welt führenden Kommunisten“: Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Palmiro Togliatti, Mao Tse-tung und Hoh Chi Minh (137). Diese Übertreibung wird der historischen Bedeutung und der realen Funktion von Eckert in der KPD sei-

ner Zeit (wo er in der zweiten Reihe stand) natürlich nicht gerecht. Die Größe von Eckert (die auch immer wieder Wolfgang Abendroth hervorgehoben hat) erschließt sich wohl erst, wenn jener tragische Widerspruch bedacht wird, der besonders das Wirken der Kommunisten in Westdeutschland bestimmte. Nach 1945 feierte der Sozialismus mit dem Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht (und zur Führungsmacht eines sozialistischen Staatesystems) sowie nach dem Sieg der chinesischen Revolution im Jahre 1949 in der ganzen Welt Siege. In Deutschland wurde mit der DDR ein sozialistischer Staat aufgebaut. Die Kommunisten im Westen – vor allem in der BRD – waren hingegen einem enormen Druck, der Repression bis hin zu Parteiverbot und Verhaftung, ausgesetzt. Viele ihrer Aktiven mussten in die DDR emigrieren, um sich dieser Verfolgung zu entziehen. Dabei ging der Masseneinfluss der KPD – schon vor dem Verbot 1956 – ständig zurück. Aus den Parlamenten waren sie meist bis Mitte der 50er Jahre entfernt. Danach kam die Zeit der Illegalität. Die Arbeiterklasse der BRD war – nicht nur über die SPD – weitgehend in die antikommunistische Front integriert. Die Opfer im Westen – dazu gehörte auch Erwin Eckert – waren auch die Folge der damaligen Siege im Osten – so grausam kann Geschichte sein. Umso wichtiger ist es, dass Balzer dem „kommunistischen Christen“ Erwin Eckert mit seinem Gesamtwerk ein Denkmal gesetzt hat, um diesen der „Niedertracht des Vergessens“ zu entreißen.

Frank Deppe

## Geschichten über Arbeit und Organisierung aus erster Hand

Mark Richter, Levke Asyr, Ada Amhang, Scott Nikolas Nappalos (Hg.): *Spuren der Arbeit, Geschichten von Jobs und Widerstand*, Verlag Die Buchmacherei, September 2021, 260 Seiten, 14 Euro

Mit dem im Verlag Die Buchmacherei erschienenen „Spuren der Arbeit“ liegt ein Buch vor, in dem Arbeiter\*innen ihre persönlichen Geschichten erzählen und über ihre Erfahrungen am Arbeitsplatz berichten. Das Buch erschien erstmals 2013 in den USA. Die Beiträge sind überwiegend dem Online-Projekt *Recomposition*<sup>1</sup> entnommen. Viele der 23 Autor\*innen sind bei den „Industrial Workers of the World“ (IWW) organisiert. Die deutsche Ausgabe wurde um drei Texte aus dem deutschsprachigen Raum und eine Diskussion der Herausgeber\*innen des Buches mit Mitgliedern des ehemaligen Redaktionskollektivs von *Recomposition* ergänzt.

Der Text ist in drei Abschnitte gegliedert: Widerstand, Zeit, Schlaf und Träume. „Widerstand“ berichtet über den Versuch, Probleme bei der Arbeit zu beheben, und über kollektive Lehren, die sich aus diesen Kämpfen ziehen lassen. Zeit befasst sich mit der Welt der Arbeit, mit allem, was sie von uns verlangt und auch wegnimmt.

<sup>1</sup> Das Online-Projekt *Recomposition* wurde von einem Kreis von Mitgliedern der IWW in den Vereinigten Staaten und Kanada gegründet. Die Website enthält Erzählungen aus der Sicht von Arbeiter\*innen, Reflexionen, politische Theorie, Diskussionen über linke Strategie und Geschichte. Das Projekt wurde mittlerweile eingestellt

„Schlaf und Träume“ handelt davon, wie die Arbeit in unser Leben eindringt und uns sogar bis in unsere Träume verfolgt.

Keiner der Texte in dieser Sammlung wurde von Profis verfasst, keine\*r der Autor\*innen verdient seinen Lebensunterhalt mit Schreiben. Es sind authentische Texte über die Frustration bei der Arbeit und die Aussichten für eine Organisierung. Über Arbeitskämpfe, Wege, sich zusammenzuschließen und sich dem zu widersetzen, was das Management will. Über Bemühungen, dem täglichen Trott zu entkommen, und über das Recht, wütend zu sein. Über Schlafmangel und über die Arbeit, die dir nach Hause folgt und dir den Schlaf raubt.

Alles in allem eine wirklich eindrückliche und lesenswerte Zusammenstellung, die die vier Herausgeber\*innen der deutschen Ausgabe allen Kolleg\*innen gewidmet haben, „die in ihrer Praxis Feminismus, Antirassismus und Klassenkampf miteinander verbinden und über den kapitalistischen Realismus ... hinaus bereits heute am Aufbau einer neuen Welt in der Schale der alten beteiligt sind“.

*Hans Günter Bell*

## **Klassenanalytische Porträts**

*Mayer-Ahuja, Nicole/Nachtwey, Oliver (Hrsg.): Verkannte Leistungsträger:innen. Berichte aus der Klassengesellschaft, Suhrkamp, Frankfurt am Main 2021, 567 Seiten, 22 Euro.*

Der titelgebende Leitgedanke des Bandes ist so einfach wie überzeugend: Nicht die von Wirtschaftsliberalen und Konservativen umjubelten Funktionsträger in Aufsichtsräten und

Managements sind es, die als „Leistungsträger“ die Gesellschaft aufrechterhalten und deren Reichtum produzieren – es sind die Lohnabhängigen, die oftmals unter schwersten Bedingungen arbeiten, dafür aber weder angemessene Entlohnung noch Anerkennung erhalten. Nicht erst die Corona-Pandemie und der Umgang mit den „systemrelevanten“ Berufsgruppen – erst wurden die „Helden des Alltags“ beklatscht, dann blieb eine echte Aufwertung ihrer Berufe aus, zuletzt wurden etwa in Niedersachsen sogar Arbeitszeiten von 60 Stunden pro Woche in der Pflege erlaubt – haben das eindrucksvoll gezeigt.

Den herrschaftsaffirmativen Zuschnitt des Leistungsdiskurses nehmen Nicole Mayer-Ahuja und Oliver Nachtwey zum Ausgangspunkt für einleitende Überlegungen zum Verhältnis von Arbeit, „Leistung“ und Reichtum in der bundesdeutschen Klassengesellschaft. Diese erscheine vor dem Hintergrund neoliberal verschärfter Ausbeutung und sozioökonomischer Polarisierung heute immer klarer als „ökonomisch begründetes und politisch wie kulturell verstärktes Korsett“ (27), das die Lebenschancen und den Alltag vor allem jener bestimme, deren Situation der Band beleuchtet: Beschäftigte mit wenig Einkommen und Aufstiegschancen am unteren Ende der gesellschaftlichen Hackordnung, die Disziplinierung, Arbeitsverdichtung und Kontrolle fast schutzlos ausgesetzt sind.

Die 22 Beiträge von Soziologinnen und Soziologen sind in fünf Abschnitte eingeteilt (professionelle Sorgearbeit, Gesundheit, Ernährung, Versorgung mit Waren, Hygiene und Mobilität) und analysieren die Arbeits- und Lebensbedingungen derjenigen, „de-

ren berufliche Tätigkeit darin besteht, an der Reproduktion von Arbeitskraft und gesellschaftlichen Beziehungen zu arbeiten“ (40). So geht es unter anderem um Beschäftigte in Kitas (Yalcin Kutlu), der 24-Stunden-Assistenz (Sarah Schillinger) und Krankenhäusern (Daniel Behruzi, Thomas Stieber, Ingo Singe), um Saisonarbeit in der Landwirtschaft (Max Schnetker), die Fleischindustrie (Peter Birke und Felix Bluhm) oder Essenslieferdienste (Simon Schaupp), um Beschäftigte bei Amazon (Peter Birke und Felix Bluhm), im (Einzel)Handel (Wolfgang Menz und Sarah Nies, Pascal Pfister, Thomas Goes) und LKW-Fernverkehr (Michael Stötzel) sowie um das Sicherheitsgewerbe (Susanna Höfer), die Gebäudereinigung (Natalie Grimm, Robin de Greef und Ina Kaufhold), Flugbegleiterinnen und -begleiter bei Ryanair (Florian Butollo) und Arbeit im Friseursalon (Ingo Singe) und somit insgesamt um Tätigkeiten, die ins Feld proletarischer Dienstleistungsarbeiten fallen.

Alle Beiträge beruhen auf empirischer arbeitssoziologischer Forschung und Interviews mit Beschäftigten, aus denen ausführlich im O-Ton zitiert wird. Sie schlagen den Bogen von der allgemeineren Darstellung des beruflichen Feldes und der konkreten betrieblichen Situation über die Lebensumstände und Reproduktionsverhältnisse, familiären Netze, Berufs- und etwaigen Migrationsbiographien hin zum Arbeitsalltag mit seinen Strapazen und Momenten subversiven Handelns. Während einige Aufsätze den Schwerpunkt mehr auf die betriebliche Konstellation legen, stellen andere stärker die Subjektdimension, sprich die Befragten, ihre Lage und

deren Verarbeitung, ins Zentrum.

Deutlich wird, was unsichere Lohnarbeit an Kraftanstrengungen, Entbehrungen und Koordinationsleistungen verlangt, die öffentlich keine Beachtung finden: Da wäre etwa die Mutter und Familiennährerin, deren Familienmodell ganz darauf getrimmt ist, die schlecht bezahlte Arbeit im Reinigungsgewerbe zu stemmen; der abgelehnte Asylbewerber aus Marokko, der nachts illegal für ein paar Euro die Stunde Fast-Food-Restaurants putzt und aus Sorge vor der Polizei tagsüber kaum vor die Tür geht; der Fernfahrer, dessen Freundeskreis und Familie daran zerbrechen, dass seine Arbeit sozial isoliert; oder auch der Hausarbeiter im Krankenhaus, der die Faust in der Tasche ballt und wünscht, Leute würden sich „wie die Franzosen“ (209) gegen die Oberen wehren. Linke Aufbruchsstimmung spricht aus den Berichten zwar insgesamt nur bedingt; gleichwohl sind die Porträtierten keine zur Passivität verdammt Opfer, die ihre Verhältnisse nur hinnehmen: Momente der Gegenwehr und alltäglichen Auflehnung finden sich ebenso wie Beispiele gewerkschaftlicher Mobilisierung und Arbeitskämpfe. Dabei sind alle Beiträge insgesamt anschaulich, instruktiv und – für arbeitssoziologische Publikationen keineswegs selbstverständlich – bemerkenswert flüssig zu lesen.

Das und der Zeitpunkt der Veröffentlichung werden zur relativ breiten Rezeption des Bandes beigetragen haben: In Deutschlandfunk, SWR, Süddeutscher Zeitung und anderen wurde er prominent besprochen, es folgten Platzierungen auf Bestsellerlisten und mittlerweile auch eine zweite Auflage. Dass in der massenmedialen Rezeption

vor allem das Plädoyer für die Aufwertung „systemrelevanter“ Berufe ins Zentrum gestellt wurde, ist nicht überraschend und angesichts der verheerenden Zustände – wohlgerne nicht nur in den entsprechenden Berufsfeldern, sondern auch in den Redaktionen der Leitmedien – auch begrüßenswert.

Zugleich lässt sich der Sammelband aber klassenanalytisch als empirisch unterlegter Beitrag zur neueren Auseinandersetzung mit Klassenverhältnissen lesen. Als solcher gibt er wichtige Einblicke in heutige (Über-)Ausbeutungsverhältnisse und deren Organisation – so wird etwa klar, die dass die Digitalisierung von Arbeitsprozessen immer auch digitalisierte Überwachung und Kontrolle bedeutet –, in ihre subjektive Verarbeitung und Politisierung sowie vor allem in die Gemeinsamkeiten und Fragmentierungslinien unter Lohnabhängigen. Letztere werden eingangs tendenziell stärker betont: „Die arbeitende Klasse ist alles andere als einheitlich“ (30) und sei es auch nie gewesen, stellen Mayer-Ahuja und Nachtwey in der Einleitung richtig fest. Solidarität und klassenkämpferische Einheit seien immer Ergebnisse politischer Arbeit und von Bündnissen unterschiedlicher Gruppen gewesen, die im Band beschriebenen Spaltungslinien daher unter kapitalistischen Bedingungen der Normalzustand. Zugleich zeigt die Lektüre, dass die Erfahrung von Ausbeutung und Fremdbestimmung, Unsicherheit, verkannter Leistung und politischer Marginalisierung zwar nicht einheitlich, wohl aber weit verbreitet ist und oftmals starke Schnittmengen und Ähnlichkeiten aufweist. Offen bleibt, worin auch die Befragten selbst denn Gemeinsamkeiten

ausmachen und inwiefern sie sich als Teil einer sozialen oder politischen Kollektivität verorten.

In diesem Sinne ist zu hoffen, dass der Band und ähnliche Publikationen auch eine neue Auseinandersetzung mit den Bedingungen von Klassenformierung in Gang bringen, die nicht nur die Fragmentierung der lohnabhängigen Klasse in den Blick nimmt, sondern ebenso Momente der Einheit. Das freilich nicht, um abstrakte Klasseneinheit zu beschwören, wo konkret keine ist. Es ginge vielmehr einerseits darum, reale Spaltungen nicht nur soziologisch zu konstatieren, sondern sie als erklär- und potenziell veränderbar auszuweisen. Vor allem aber müssen jene verallgemeinerbaren und geteilten Momente im Leben und Erleben der Arbeitenden erkundet werden, auf die sich eingedenk aller Heterogenität Bündnisse und Solidarität von Lohnabhängigen gründen könnten, die es für organisiertes klassenpolitisches Handeln braucht. Der hochinteressante Sammelband gibt dafür eine ganze Reihe wichtiger Anregungen.

*John Lütten*

## **Porträt eines Historikerlebens**

*Yves Müller (Hrsg.): Reiner Zilkenat. Historiker, Didaktiker, Aufklärer. Ausgewählte historische Beiträge mit Erinnerungen von Weggefährten sowie einem Nachwort von Peter Brandt (=Zwischen Revolution und Kapitulation. Forum Perspektiven der Geschichte Bd. 5), edition bodoni, o.O. Buskow bei Neuruppin 2021, 387 S., 20,- Euro*

Sein Geburtstag stand bevor, da ereilte uns die bittere Nachricht, dass Rei-

ner Zilkenat überraschend verstorben sei. So wurde die von mir verfasste Laudatio auf einen Siebzigjährigen leider der Stoff für einen gemeinsamen mit Holger Czitrich-Stahl verfassten Nachruf. Damit sollte es nicht sein Bewenden haben. So ergriffen der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und das Berlin-Brandenburger Bildungswerk – zwei Vereine, in denen Reiner Zilkenat äußerst aktiv tätig gewesen war – die Initiative, um das Andenken an den Verstorbenen auch durch die Veröffentlichung eines Teils seiner wichtigsten Werke wachzuhalten. Der Promotionsstipendiat der Rosa Luxemburg Stiftung Yves Müller übernahm die Herausgabe und versah sie mit einer biografischen Würdigung, einige Wegbegleiter Reiners steuerten Erinnerungen bei und Peter Brandt schrieb ein Nachwort.

Wenden wir uns zunächst jenen Texten zu, die uns Leben und Werk des am 20. Mai 1950 geborenen Reiner Zilkenat nahebringen. Müllers Vorstellung der „Stationen eines Historikerlebens“ beginnt mit einem Lob der Gesamtleistung Zilkenats, das bereits im Buchtitel anklingt. Er hebt hervor, dass dieser nicht nur gravierende Themen der jüngeren Geschichte bearbeitet hat, sondern wie wenige andere deren Aktualität zu vermitteln vermochte, dass er in sehr unterschiedlichen Bereichen aufklärerisch tätig war und auch viel Kraft in die Vernetzung linker Historiker investierte, wovon seine Verankerung in zahlreichen Vereinen und Gremien zeugte. Auf vierzig mit Illustrationen versehenen Seiten schildert Müller die enge Verbindung zwischen politischem Engagement und wissenschaftlicher Laufbahn Zilkenats, des-

sen politische Sozialisation vor allem in der Westberliner revolutionären Schülerbewegung erfolgte und sich später während seines Geschichtsstudiums an der Freien Universität im studentischen Aufbegehren fortsetzte. Besonders dankbar hat er sich immer seines Hochschullehrers und Förderers Reinhard Rürup erinnert.

Was Zilkenat in besonderem Maße auszeichnet, ist die Tatsache, dass er seine wissenschaftliche Kompetenz im Westen wie im Osten des geteilten Berlins erwarb. Das erklärt sich daraus, dass er sich im Dezember 1972 der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins angeschlossen hatte, der er bis zu deren Auflösung die Treue hielt. Das ermöglichte ihm, an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED zu promovieren und im Zentralen Parteiarchiv der SED für seine Dissertation über den Berliner Metallarbeiterstreik von 1930 und die Gründung des Einheitsverbandes der Berliner Metallarbeiter zu recherchieren. Seinem Doktorvater Rolf Richter blieb er bis zu dessen frühen Tode eng verbunden. Auch zu Zeiten, da er vor allem in seinen politischen Funktionen ausgelastet war – er stieg bis in die Führungspositionen seiner Partei auf – publizierte er in den ihm zugänglichen Medien historische Beiträge und trat mit Vorträgen auf.

In der „Nachwendezeit“ schlug sich Reiner Zilkenat als freier Mitarbeiter auf dem Felde der Erwachsenenbildung durch, war im Berlin-Brandenburger Bildungswerk und in der Arbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS aktiv. Faschismus und Antifaschismus, Rechtsext-

remismus und Antisemitismus waren die bevorzugten Themen seiner Veröffentlichungen und seiner Vortrags- und Schulungstätigkeit, nicht zuletzt unter Jugendlichen. Dabei war er immer bedacht, zwischen unterschiedlichen Personen, Gremien und Organisationen Brücken zu schlagen.

2010 trat Zilkenat dem Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung bei, zu dessen Vorsitzendem er 2011 gewählt wurde. Ideenreich und im Osten wie im Westen Berlins verankert, verlieh er der Vereinstätigkeit neue Impulse. Davon zeugen nicht zuletzt wissenschaftliche Tagungen, deren Ergebnisse auch gedruckt vorliegen. Sieben Jahre später musste er dieses Amt aus gesundheitlichen Gründen niederlegen. Dies war aber noch nicht das Ende seiner Forschungen und Publikationen. Sechs Tage vor seinem Tod hielt er noch einen Vortrag über den Kapp-Lüttwitz-Putsch, der sich zum hundertsten Male jährte.

Was uns Yves Müller geboten hat, ist mehr als eine Schau auf einige Stationen der Vita Zilkenats. Es ist ein gründlich recherchiertes und belegtes Porträt eines Historikerlebens, das sich überwiegend außerhalb der Zunft der etablierten Geschichtswissenschaft vollzogen hat, eines Mannes, auf dessen Lebensweg sich Forschung, Wissensvermittlung, Organisationsvermögen und politisches Engagement – überwiegend in ehrenamtlicher Tätigkeit – unlöslich miteinander verbanden.

Wenn es in diesem Porträt eine Lücke gibt, so ist dies das Familienleben Zilkenats. Sie wird aber zu einem gewissen Grade geschlossen durch die

im Band abgedruckten Erinnerungen seines Freundes Siegfried Ransch. Er hatte Zilkenat durch seine Arbeit im Apparat des Zentralkomitees der SED als Verbindungsbeauftragter zur Sozialistischen Einheitspartei Westberlins kennen und schätzen gelernt. Seine Darlegungen helfen uns auch die Rolle der SEW und Zilkenats Aktivitäten in dieser Partei besser zu verstehen. Barbara Hofmann verweist auf Zilkenats Mitwirken im Verein pro seniores – Verein zur Förderung der Seniorenuniversität Berlin e.V., wo er sehr zur stabilen entspannten Atmosphäre des Vereinslebens beigetragen hat. Hans Schoenefeldt ruft vor allem wegweisende Beiträge ins Gedächtnis, die Zilkenat für die Zeitschrift „Konsequent“ und die Tageszeitung „junge Welt“ verfasst hat. Peter Brandt erinnert in seinem Nachwort daran, wie ihn in den siebziger Jahren die gemeinsame Erarbeitung eines „Preußen-Lesebuches“ mit Reiner Zilkenat zusammengeführt hat. Sein Text ist ein Beleg dafür, wie integrale Linke über politische Schranken hinweg respektvoll, ja vertraut miteinander umgehen können.

Kernstück des Buches sind natürlich die hier vereinigten Texte Zilkenats, auf die im Einzelnen nicht näher eingegangen werden soll, die gelesen sein wollen. Die im Band enthaltene Bibliografie seiner Veröffentlichungen erfasst rund 300 Titel, gruppiert in selbständige Schriften als Autor oder Herausgeber, Aufsätze in Sammelbänden, Artikel und Buchbesprechungen in Zeitungen und Zeitschriften. Demgegenüber wurden die abgedruckten 19 Texte inhaltlichen Themenkomplexen zugeordnet, und zwar Preußen und das Kaiserreich, Arbeiter-

bewegung in der Weimarer Republik, Antisemitismus und Gewalt, deutsch-deutsche Beziehungen, Die Linke. Manche der ausgewählten Texte zeugen vom unmittelbaren Eingreifen in aktuelle Auseinandersetzungen, wie die zum Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses und der Potsdamer Garnisonkirche oder zum „Zentrum gegen Vertreibungen“. Andere beschäftigen sich mit solchen Dauerthemen wie Ursprünge, Ursachen und Erscheinungsformen des Antisemitismus und Rechtsextremismus. Auch Beiträge zur Konnexion zwischen Monopolkapital und NSDAP sowie die Auseinandersetzungen um Ursachen des Masseneinflusses der Nazis sind Themen dieser Auswahl. Die Nachkriegsperiode ist präsent in Darlegungen zur SED-Gründung in Berlin-Neukölln, zum Verhältnis von PDS und sozialdemokratischem Erbe und zum Umgang der Linken mit der RAF. Auch zur Westintegration der BRD publizierte Zilkenat, der darüber hinaus gemeinsam mit Hans Schoenefeldt eine Studie über die Auseinandersetzungen zum NATO-Doppelbeschluss ins Auge gefasst hatte, die aber nicht zustande kam.

Die in diesem Band erneut veröffentlichten Texte zeugen von Zilkenats gründlicher Quellenkenntnis und seiner umfassenden Belesenheit. Sie enthalten sich jener verkomplizierenden Terminologien, die dem akademisch nicht gebildeten Leser anderenorts oft den Zugang versperren. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie den Bezug zu aktuellen Diskursen herstellen und Geschichte als ein Geschehen vermitteln, das in unsere Gegenwart hineinragt und auf die Zukunft einwirkt.

*Günter Benser*

## Ein Jahr US-Wahlkampf

*Karl Drechsler: Ein bizarres Jahr. Der Kampf um die USA. Von der Eröffnung des Impeachment-Verfahrens am 18. Dezember 2019 bis zur Präsidentschaftswahl am 3. November 2020, Berlin, trafo Verlagsgruppe, 2021, 218 S., 12,80 Euro*

Karl Drechsler hat ein höchst aktuelles und lehrreiches Buch vorgelegt. Es hat sicher eine Ausnahmestellung in der Literatur.

Die im Januar 2021 gerade absolvierte Geschichte des Präsidentschaftswahlkampfes in den USA im Jahre 2020 hat der Autor Woche für Woche, Zug um Zug verfolgt und dabei neue Quellen herangezogen, Zeitungen, Zeitschriften, Dokumente und Äußerungen im Internet. Er schreibt mithin gewiss auch sog. Zeitgeschichte, aber sie ist von besonderer Art. Es ist keine der üblichen historischen Untersuchungen, die man von diesem Autor, einem Spezialisten für die Geschichte der USA kennt, sondern eher die eines Journalisten oder sagen wir es genauer: eines höchst produktiven Chronisten, der die entscheidenden Dinge zu nennen und ins Ganze einzuordnen weiß. Der Autor hat in einem Vorwort auf die Besonderheit dieses Buches aufmerksam gemacht. Der Historiker verfügt über eine Vielzahl von Quellen und Literatur. „Beides ist hier nicht der Fall. Der Autor stützt sich hauptsächlich auf Medien, die im World Wide Web abgerufen werden können: Tageszeitungen, Journale, TV-Stationen“ (8) Die Einleitung bietet indes doch einen wichtigen und fürs Verständnis notwendigen historischen Rückblick, um die gesellschaftliche Situation im Jahre 2020 dem Leser bewusst zu ma-



chen; denn „Trump ist offenkundig nicht die Ursache, sondern nur das Symptom einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Krise“ (11). Der Abbruch der sozialliberalen Reformen, der zu dem führte, was heute als Trumpismus gilt, geht zurück bis auf den Vietnamkrieg. Überdies habe Trump rechte Vorläufer, von Barry Goldwater und George Wallace, bis Sarah Palin, die zur Leitfigur der Tea-Party-Bewegung wurde. „Im Lauf der Jahre und Jahrzehnte vor Trump wächst das Misstrauen großer Teile der Bevölkerung gegenüber dem Washingtoner Establishment sowie den politischen und wirtschaftlichen Eliten“ (14). Das ist der Ausgangspunkt der Untersuchung.

Dann eröffnet sich in elf Kapiteln das Panorama eines eigenartigen, wechselvollen Wahlkampfes von der Vorbereitung des Impeachment-Verfahrens gegen Trump vom Dezember 2019 bis zur Wahl am 3. November 2020.

Um die Jahreswende 2019/2020 und in den ersten Monaten des neuen Jahres hatte Trump, wie der Autor analysiert, „keine schlechten Karten“ (18). Denn er gewann das Impeachment-Verfahren und triumphierte, die Wirtschaft lief gut, die Arbeitslosigkeit war mit 3,5 Prozent seit Jahrzehnten nicht so niedrig und die Demokratische Partei war tief zerstritten, wie die Wahlen um deren Präsidentschaftskandidaten offenbarten. Die Presse nahm sogar an, dass Trump die Präsidentschaftswahlen geradezu erdrutschartig gewinnen könnte.

Der Bericht zur Lage der Nation am 4. Februar 2020 begeisterte die republikanischen Abgeordneten und seine Anhänger in den Staaten: „Amerika ist so stark wie nie zuvor.“ Auch das totale Durcheinander bei den Vorwahlen der

Demokraten in Ohio konnte er für sich verbuchen. Erst der Super-Tuesday am 3. März brachte bei den Demokraten die Entscheidung für Joe Biden, den Mann der Mitte, während zuvor der Linke Bernie Sanders dominierte.

Erst im März kommt ein neuer Faktor in den einsetzenden Wahlkampf ums Präsidentenamt. Die „Corona-Pandemie“ beginnt zu wirken. Von Trump zunächst heruntergespielt, entfaltet sie in den folgenden Monaten ihre verheerenden Wirkungen auf die Gesellschaft. Der Autor liefert dem Leser die Zahlen der hunderttausenden von Infizierten und der zigtausenden Toten (89 und 99-102). Auch ein Hilfsprogramm der Regierung von zwei Billionen Dollar kann zwar etwas helfen, aber die Pandemie nicht stoppen oder einschränken. Die Wirtschaft leidet enorm. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Sie steigt von 5,8 Millionen im Februar auf rund 40 Millionen Ende Mai und weiter bis auf 44 Millionen. Trump, der sehr wohl bemerkt, wie sehr ihm die Pandemie mit ihren Wirkungen auf die Wirtschaft schadet, schwankt zwischen Lockdowns und Lockerungen. „Der eigentliche Wahlkampf wird entscheidend vom weiteren Verlauf der Corona-Pandemie sowie der Entwicklung der Wirtschaft und der Arbeitslosigkeit bestimmt werden“ (97). Das begreift auch Trump, der sich täglich mit Corona-Briefings an die Öffentlichkeit wendet.

Mit der Tötung des Afroamerikaners George Floyd durch brutale Polizeigewalt am 25. Mai 2020 in Minneapolis kommt ein neues Moment in den Wahlkampf. Eine riesige friedliche Protestbewegung gegen Rassismus und Polizeigewalt in mehr als 40 Städten, durchsetzt von Krawallen, geradezu

ein Flächenbrand wie 1968, brandet auf. Der Kampf gegen Polizeigewalt und Rassismus, eine Erbsünde in der amerikanischen Geschichte, setzt neue Zeichen. Während Trump ganz auf Law and Order setzt, sogar die Nationalgarde gegen die Proteste mobilisiert, die Protestierenden als Chaoten und Plünderer diffamiert, ja sogar Biden für die Störungen der Ordnung verantwortlich macht, bemühen sich die Demokraten um Verständnis für die Opfer und bringen der Bewegung Sympathie entgegen.

Die beiden virtuellen Nominierungsparteitage im August 2020 markieren nur die gegensätzlichen Positionen von Demokraten und Republikaner. Die Demokraten präsentieren sich als politische Kraft der Mitte der Gesellschaft und bringen zum Ausdruck, dass sie eine echte Alternative zu Trump darstellen, aber den Status quo nicht verändern werden. Die Republikaner sind ganz auf Trump ausgerichtet und entwickeln das Programm für eine zweite Amtszeit. Trump äußert zum ersten Mal seine Furcht vor den Briefwahlen, die die Post nicht bewältigen könnte. In den TV-Duellen Ende September und am 22. Oktober 2020 „auf der Zielgeraden“ des nun heißen Wahlkampfes im September und Oktober werden von den Kontrahenten keine neuen Positionen vorgetragen. Die Wirtschaft kann sich zwar leicht erholen, die Hilfspakete kurbeln den Konsum an. Aber die Corona-Infektionen und die Totenzahlen steigen weiter massiv an. Es zeichnet sich aber ab, dass bei den Wahlen Sieger und Verlierer eng beieinander liegen werden. Und Trump verkündet, dass er bei einem für ihn negativem Ergebnis dieses nicht anerkennen werde.

Die Wahlen am 3. November werden zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen. Keiner kann einen überzeugenden Sieg einfahren, aber mit der Auszählung der Briefwahlstimmen zeichnet sich ein Vorteil für Biden ab. Vorzügliche Karten und Listen der Wahlleute bieten einen Einblick in ein Zwischen- und das amtliche Wahlergebnis (191–193 und 196–198). Trump zweifelt das Ergebnis an und erklärt sich wider alle Auszählung zum Sieger. Und schickt an die Gerichte des Landes, die häufig von republikanischen Richtern besetzt sind, mehr als 50 unbegründete Klagen, die durchweg abgewiesen werden. Auch der Supreme Court, den er durch Berufung von drei konservativen Richtern in seinem Sinne gestärkt hat, lehnt eine von mehreren republikanischen Bundesstaaten und sogar von einer Mehrheit der republikanischen Abgeordneten des Senat eingereichte Klage ab. Ohne das Ergebnis zu akzeptieren muss Trump schließlich klein begeben. Das Resultat der Wahlen ist eindeutig. 81,3 Millionen (51,3%) stimmen für Biden, während Trump mit 74,2 Millionen (46,08%) Stimmen den Kürzeren zog.

Der Autor endet die Darstellung eines „bizarren Jahrs“ mit der Wahl Bidens durch die 538 Electors am 14. Dezember 2020 und schließt daran eine Auflistung der Aufgaben an, vor denen Biden und seine Vizepräsidentin Kamala Harris – zum ersten Mal eine Frau, und eine farbige überdies – stehen, als deren vielleicht größte die Überwindung der tiefen Kluft zwischen zwei scheinbar gleichstarken Lagern der amerikanischen Nation erscheint. Der Sturm der von Trump aufgeputschten Massen auf das Capitol vom 6. Januar 2021, wo gerade Repräsentantenhaus und Senat gemeinsam das Wahlergebnis bestätigen,

ist durch „Bemerkungen nach Redaktionsschluss“ noch vermerkt.

Dreierlei scheint am Schluss hervorhebenswert: Erstens hat Biden nicht nur – wie Trump 2016 gegen Hilary Clinton – gemäß dem eigenartigen veralteten amerikanischen Wahlsystem gesiegt, sondern insgesamt rund 7 Millionen Stimmen mehr erhalten. Sicher liegen die Ursachen dafür in der von einer Mehrheit der Wähler geäußerten Aversion gegen Trump. Zweitens hat die Demokratische Partei nicht nur Einigkeit demonstriert, sondern ist dank der starken Positionen von Sanders bei den Vorwahlen auch etwas nach links gerückt. Und drittens hat sich in den Auseinandersetzungen um die Anerkennung des Wahlergebnisses die amerikanische Justiz als ein Hort der amerikanischen Demokratie erwiesen. Darin liegt vielleicht Hoffnung.

Das Buch enthält ein für den Benutzer wichtiges Personenregister und eine Liste der früheren Publikationen des Autors, die ihn als erfahrenen deutschen Amerikanisten ausweisen, sowie weitere Literaturempfehlungen zur amerikanischen Geschichte. Wer sich über das eine Jahr amerikanischen Wahlkampf, das „bizarre Jahr“ „im Kampf um die USA“ vertraut machen will, findet in diesem Buch neue Zugänge.

*Walter Schmidt*

## **Automatisierung und Wirtschaftswachstum**

*Aaron Benanav: Automatisierung und die Zukunft der Arbeit. Übersetzt aus dem Englischen von Felix Kurz. Suhrkamp, Berlin 2021, 195 S., 16,- Euro*  
Ausgangspunkt der Überlegungen des Wirtschaftshistorikers Aaron Benanav

ist die Debatte über die Automatisierung der Produktion, wobei er sich gegen zwei Positionen abgrenzt: jene, die davon ausgeht, dass diese zu einer „technologischen Massenarbeitslosigkeit“ (7) führe und jene, welche in der Automatisierung die Notwendigkeit der Befreiung von der Lohnarbeit und der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens erblickt. Zwar sei „die Wiederkehr des Automatisierungsdiskurses“ (ebd.) eine Reaktion auf die „reale, weltweit voranschreitende Tendenz“, dass es „schlichtweg zu wenige Jobs“ (28) gebe. Der Grund für diese schwache Nachfrage nach Arbeit liegt für Benanav aber nicht im Einsatz von Maschinen und Robotern, sondern in der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums.

In Auseinandersetzung mit dem Automatisierungsdiskurs stellt Benanav die These auf, dass nicht der sprunghafte Einsatz neuer Technologien ausschlaggebend für die sinkende Nachfrage nach Arbeitskraft sei, sondern ein kontinuierlicher technischer Wandel bei gleichzeitiger Stagnation des Wirtschaftswachstums (32). So werden in dem Kapitel „Globale Deindustrialisierung“ die Entwicklung von Output, Produktivität und Beschäftigung in der industriellen Fertigung in Frankreich seit den 1950er Jahren nachgezeichnet, wobei Benanav feststellt, dass die Industrieproduktion zwar nicht absolut, jedoch ihre Wachstumsrate gesunken und dabei dauerhaft unter die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität gefallen ist. Daraus zieht Benanav folgenden Schluss: „Die zunehmende Stagnation der Wirtschaft zog, im Verbund mit einer begrenzten technologischen Dynamik, eine weltweite Deindustrialisierung nach sich, die sich in

einem Rückgang der industriellen Beschäftigungsquote niederschlug“ (42). Denn dies stellt er auch für die USA, Japan und Deutschland ab den späten sechziger und frühen siebziger Jahren fest, während die weniger industrialisierten Länder erst später von dieser Dynamik erfasst worden sind. Ferner macht Benanav in den weltweiten Überschüssen an Produktionskapazitäten den Grund für die globale Deindustrialisierung aus (49). Da die weltweiten Überkapazitäten das Resultat einer Weltmarktkonkurrenz sind, die von kapitalstarken, technologisch hochgerüsteten Unternehmen geführt wird, sind „die Länder, die den höchsten Robotisierungsgrad erreicht haben, nicht am stärksten von der Deindustrialisierung betroffen“ (52). So korrespondiert die hohe Roboterdichte in Südkorea, Deutschland und Japan mit einem größeren Anteil an Industriebeschäftigten als etwa in den USA oder Großbritannien, wo die Roboterdichte geringer ist.

Das Kapitel „Im Schatten der Stagnation“ thematisiert Mängel der Weltwirtschaft, die für die nachlassende Nachfrage nach Arbeit verantwortlich seien: „Ein verschlissener Wachstumsmotor“ (56), „mangelnde Alternativen“ (63), die das verlangsamende Wachstum der Industrieproduktion hätte kompensieren können, „überfüllte globale Märkte für Industrieprodukte, nachlassende Investitionen in Anlagegüter und eine damit einhergehende Verlangsamung des Wirtschaftswachstums“ (69). Diese Diagnose ist von der Annahme geprägt, dass Wirtschaftswachstum und Beschäftigung eigentlich zusammengehen müssten: „Würde die Wirtschaft schnell wachsen, entstünden als Er-

satz dafür [für die „massive Arbeitsplatzvernichtung“, zu der „technologischer Wandel in einer langsam wachsenden Wirtschaft“ führen könne] umgehend neue Jobs“ (70). Das ist eine Tautologie: Wenn Arbeit nicht nachgefragt wird, dann weil die Wirtschaft zu wenig wächst – Beweis: Würde die Wirtschaft schneller wachsen, würden auch mehr Arbeitsplätze entstehen. Kapitalistische Unternehmen bestreiten ihr jeweiliges Wachstum auf den Weltmärkten, unter Einsatz moderner Technologien und dem Überflüssigmachen bezahlter Arbeit, wie Benanav selbst beschreibt. Das Interesse der Lohnabhängigen zu arbeiten und der kapitalistische Zweck des Wachstums sind also nicht identisch. Diese Annahme zieht sich jedoch durch das Buch: Wenn „der Markt so vielen Arbeitssuchenden keine Beschäftigung bieten [kann], obwohl sie darauf angewiesen sind“ (28), ist das für Benanav kein Indiz für die Rechnungs- und Funktionsweise dieser Ökonomie, sondern eine Abweichung von diesen: „Wenn die Nachfrage nach Arbeit derart schwach ist, muss in der Wirtschaft etwas schief laufen“ (30).

Im Kapitel „Schwache Nachfrage nach Arbeitskraft“ argumentiert Benanav, dass „wir weniger auf eine ‚Zukunft ohne Jobs‘ als auf eine ‚Zukunft ohne gute Jobs‘“ (80f.) zusteuern und zeichnet die großen Entwicklungslinien bei Beschäftigung und Einkommen nach. Dabei kommt er zu dem Befund, dass Prekarität, atypische Beschäftigungsverhältnisse und Unsicherheiten für Arbeitnehmerinnen zugenommen haben und im Weltmaßstab überschüssige Arbeitskraft vorhanden ist (90f.). Im Kapitel „Vermeintliche Wundermittel“ äußert

Benanav seine Skepsis hinsichtlich der Wirksamkeit keynesianischer Maßnahmen, um die weltweite Beschäftigungskrise zu überwinden (108). Auch ist er kein Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens, da dieses die „Herrschaft des Kapitals über die Produktion“ (127) nicht außer Kraft setzen würde. Im letzten Kapitel „Notwendigkeit und Freiheit“ skizziert Benanav einen möglichen Weg hin zu einer Welt jenseits des Mangels, der nicht auf staatliche Maßnahmen, sondern auf soziale Kämpfe setzt (131).

Alles in allem sind die Ausführungen zur Entwicklung von Output, Produktivität und Beschäftigung in der Industrie interessant zu lesen. Jedoch misst der Autor diese Entwicklung an dem Maßstab des „zu langsamen Wachstums der Wirtschaft“, der das gesamte Buch durchzieht und der die Annahme einer Identität zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zugrunde liegt. Wie stark müsste die Wirtschaft eigentlich wachsen damit die Nachfrage nach Arbeit nicht sinkt?

*Nathan Weis*

## **Das Internet als Leitproduktivkraft**

*Wolfgang-Fritz Haug, Tobias Kämpf (Hg.): Das Argument 335 – Online-Kapitalismus, Argument-Verlag, Hamburg 2020, 416 S., 28,00 Euro*

Die Tragweite technologischer Innovationen werden gewöhnlich erst Jahrzehnte nach ihrer Erfindung begriffen. Ebenso wie der volle Anwendungsbereich einer neuen Technologie, bleibt zunächst unklar, inwieweit diese geeignet ist, einen Sprung in der Produktivkraftentwicklung auszulö-

sen, Potentiale für eine Umgestaltung der Produktionsverhältnisse zu eröffnen oder welche lebensweltlichen, kulturellen oder politischen Konsequenzen diese nach sich ziehen wird. Das war bei der Dampfmaschine nicht anders als beim Fließband oder dem Computer. Nur wenige Jahre nach dem Aufstieg der großen Tech-Unternehmen wie Google, Amazon oder Alibaba zu Global Playern hat der Argument-Verlag in Zusammenarbeit mit einer Gruppe von Mitarbeitern des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF München) einen Sammelband zur Analyse des *Online-Kapitalismus* vorgelegt. Angeschlossen wird dabei an die Forschungen des durch Frigga Haug in den 1970er Jahren gegründeten Instituts für Automationsforschung, sowie an Wolfgang Fritz Haugs Arbeiten zum Hightech-Kapitalismus von 2003 und 2012.

Hatte Haug in seinem Werk von 2012 „Hightech-Kapitalismus“ noch eine große Krise der Formen, in denen sich die globale Hegemonie reproduziert, konstatiert und deshalb den Anfang vom Ende des Hightech-Kapitalismus postuliert, so habe sich inzwischen mit dem Online-Kapitalismus eine dritte Phase des Hightech-Kapitalismus herausgebildet. Ursächlich für die unterschiedlichen Phasen des Hightech-Kapitalismus sind dabei Sprünge in der Entwicklung der Produktivkräfte. War die erste Phase noch durch die Entwicklung der Mikroelektronik als Leitproduktivkraft gekennzeichnet und die zweite Phase durch das verschärfte Wettrennen auf dem Weltmarkt zwischen den USA und China, begreift Haug in der dritten Phase das konsequente Online-Gehen, die Verlagerung der Entwicklung, Produktion, und Dis-

tribution in das Internet als das bestimmende Moment der Produktivkraftentwicklung. Aufbauend auf der Leitproduktivkraft des Hightech-Kapitalismus, dem Computer, wird für den Online-Kapitalismus zudem Künstliche Intelligenz (KI), ein qualitativer Sprung in der Erhebung und Auswertung von Daten, charakteristisch. Haug entwickelt seine eigenen Überlegungen im Modus der Kritik an Philipps Staabs Analyse des „digitalen Kapitalismus“, in dem dieser die Veränderung der Distributionssphäre durch die Digitalisierung analysiert. Intensiv analysiert Haug die Bedeutung von Quasi-Monopolen der „Plattform-Kapitale“ wie Amazon, Google oder Alibaba. Diese zeichnen sich durch einen Triple-Charakter aus, da sie zugleich Handelsunternehmen, Tech-Unternehmen und Transportkapital darstellen.

Alexander Ziegler rekonstruiert in seinem Beitrag *„Die neuen Maschinensysteme des Hightech-Kapitalismus. Zum Fundament von Tech-Unternehmen“*, die Rolle von Vorreiterunternehmen wie Google oder Amazon, um davon ausgehend ein Fundament für die Analyse des Hightech-Kapitalismus zu legen. Diese „Leitunternehmen des Hightech-Kapitalismus“ zeichnen sich durch Verwertungsstrategien aus, deren Angelpunkt nicht länger wie bei klassischen Industrieunternehmen in der Fabrik liegt, sondern stattdessen *„in der Entwicklung und Anwendung software- und datenbasierter Anwendungen im Internet“* zu finden ist. Diese Anwendungen werden permanent einer gewaltigen Anzahl von Privat- wie Geschäftskunden kosteneffizient zur Verfügung gestellt und weiterentwickelt.

Wie sich diese Verwertungsstrategien und die damit verbundenen IT-Infrastrukturen entwickelten, wird ausgehend von der Frühphase des Internets in den 90er Jahren und insbesondere am Beispiel Amazon nachgezeichnet.

Florian Butollo und Patricia de Paiva Lareiro untersuchen in ihrem Beitrag *„Digitale Revolution?“* die „Widersprüche der Produktivkraftentwicklung im Postwachstumskapitalismus“. Bezüglich eines Wachstumsschubs oder eines „Epochenbruchs in der Produktivkraftentwicklung“ nehmen die Autor\*innen angesichts der aktuellen strukturellen Überakkumulation sodann eine skeptische Position ein. Denn die Realisierung der Potentiale der digitalen Technologie stockt wegen eines Missverhältnisses zwischen Anlagekapital und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage. Der Einsatz der neuen Technologien ist deshalb im Wesentlichen darauf aus, Angebote besser auf bestehende Nachfragesegmente anzupassen. Bei einem derartigen Ansetzen an der Distributionssphäre lässt sich jedoch keine neue Wertschöpfung generieren. Gleichzeitig scheitern Tech-Unternehmen wie UBER bisher daran, aus den massenhaft angebotenen Dienstleistungen dauerhafte Gewinne zu generieren. Auch für neue Arbeitsformen wie Crowdfunding bleiben die Einsatzfelder zu gering, als dass diese ihren Nischencharakter überwinden könnten.

Jutta Weber begreift in ihrem Beitrag *„Human-Machine-Learning und Digital Commons“* KI, maschinelles Lernen und Big Data als einen im Kern neuen „Automatisierungsschub“, der jedoch kulturell mit zahlreichen Hoffnungen auf eine objektivere Lösung

von gesellschaftlichen Problemen aufgeladen wird. Diesem Glauben an die „objektive Rationalität der Maschine“ kontrastiert sie mit Beispielen der (Re)Produktion von Ungleichheit durch Algorithmen. Angesichts des Verschmelzens des Menschen mit Techno-Geräten wie dem Smartphone und einer weit verbreiteten Techno-Naivität plädiert sie für ein „Human-Machine-Learning“, um neue sozio-technisch verantwortungsvolle, dekommodifizierte und nachhaltige Technopraktiken zu ermöglichen.

Andreas Boes und Tobias Kämpf fragen in ihrem Beitrag *„Informatisierung und Emanzipation: zur Dialektik der Informationsökonomie“* nach den emanzipatorischen Potentialen, der mit der „Digitalisierung“ verknüpften Produktivkraftentwicklung. Dabei arbeiten sie mit dem Konzept der Informatisierung, welches „die Entwicklung der geistigen Produktivkräfte zum zentralen Gegenstand“ macht (140). Ihre Analyse der Widerspruchskonstellationen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in der Informationsökonomie endet mit der Aufforderung, die neu entstehende Tech-Arbeiterbewegung als Bündnispartner der klassischen Arbeiterbewegung zu gewinnen. Bemerkenswert ist der Beitrag zur *„Entstehung der Tech-Arbeiterbewegung als Lernprozess“* von Ben Tarnoff. Tarnoff beschreibt sowohl theoretisch informiert als auch mit reichlich Anschauungsmaterial aus dem inneren der Bewegung die Prozesse der Klassenformierung in den verschiedenen Segmenten der Belegschaften von Tech-Konzernen seit 2016. Zusätzlich gelingt es ihm, daraus allgemeine Schlussfolgerungen für die Einbindung von Mittelschichten mit

widersprüchlicher Klassenlage in Kämpfe der Arbeiterklasse zu ziehen.

Lisa Bor untersucht in ihrem Beitrag *„Die App putzt nicht. Zur politischen Ökonomie von Vermittlungsplattformen für Hausarbeit“* die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Bewältigung von Reproduktionsarbeit im Haushalt. Dabei weist sie auf den vergeschlechtlichten Charakter von Haushaltstechnologie hin und zeigt, wie Smart Home Technologie nicht dazu führt, Hausarbeit zu erleichtern, sondern lediglich, diese genauer zu überwachen. Außerdem analysiert sie das Geschäftsmodell von Vermittlungsplattformen für haushaltsnahe Dienstleistungen, mit denen etwa stundenmäßig bezahlte Reinigungstätigkeiten in Gig-Work, also kleinere Einzelaufträge, transformiert werden.

Theoretisch anspruchsvoll ist Sebastian Sevignanis Analyse zur *„Klassenbildung im digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit“*. Sevignani stellt dabei die Frage nach der Bedeutung kapitalisierter digitaler Kommunikation für Klassen(kämpfe). Zentral für den gegenwärtigen Strukturwandel der Öffentlichkeit ist dabei die Subsumtion von Kommunikation unter das Kapital durch Soziale-Medien-Plattformen. Die flüchtigen Aggregationen von vernetzten Privatmeinungen, die auf Soziale-Medien-Plattformen entstehen, sind für eine situationsübergreifende Stabilisierung, die Entstehung sozialer Bewegungen und subjekttransformierende Lernprozesse jedoch ungeeignet. Dadurch, dass für die populistische Form der Klassenformierung derartige Lernprozesse nicht nötig sind, begünstigt der digitale Strukturwandel der Öffentlichkeit den Populismus.

Im Interview mit Christian Fuchs unter dem Titel „*Der Sozialismus ist keine App...*“ werden insbesondere die Potentiale des Computers bei der Verwirklichung eines demokratischen Sozialismus diskutiert. Dabei betont Fuchs, dass Einschätzungen, wonach die Digitalisierung selbst zum Postkapitalismus führe, deutlich zu widersprechen ist. Gleichzeitig ermöglicht die Produktivkraft des Computers jedoch eine „Nachknappheitsgesellschaft“, womit eine Geschenkökonomie nach dem Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ (MEW 19, 21) in den Bereich des Realisierbaren rückt.

Sabine Skubsch dekonstruiert in ihrem Beitrag das Narrativ der Bertelsmann-Stiftung von der Digitalisierung als Allheilmittel für Defizite im Bildungssystem und zeigt auf, wie die derzeitigen Digitalisierungsprozesse in der Bildung lediglich technologie- und ökonomiegetrieben passieren, aber für deren pädagogischen Nutzen keinerlei Belege existieren.

Den Autor\*innen ist trotz einzelner schwächerer Texte ein insgesamt durch seine Vielfalt und Analysetiefe beeindruckender Sammelband zur Analyse des zeitgenössischen Kapitalismus gelungen, dem eine möglichst weite Verbreitung und Rezeption unbeding zu wünschen ist.

*Alexander Hummel*

## **Mission is possible**

*Mariana Mazzucato: Mission. Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft. Aus dem Englischen von Bernhard Schmid. Campus-Verlag, Frankfurt am Main 2021, 301 S., 26,- Euro*

In dem 2021 erschienen Buch „*Mission – auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft*“ führt Mariana Mazzucato, eine italienisch-amerikanische Wirtschaftswissenschaftlerin, Professorin für Economics of Innovation and Public Value am University College London, Gedanken fort, die sie schon in früheren Publikationen über den Staat als Unternehmer veröffentlicht hatte.

Bekannt wurde die Ökonomin durch ihr Buch *Das Kapital des Staates*. Darin widerspricht sie der These, dass nur der private Sektor Innovationen vorantreibe und der Staat träge sei und kein Innovationspotenzial besitze. Anhand der Entstehungsgeschichte bedeutender technischer Innovationen wie dem Internet, GPS oder Micro-Prozessoren argumentiert sie, dass es vor allem staatliches Kapital war, das die Entwicklung dieser Technologien vorangetrieben hat. Den Grund hierfür sieht sie im kurzfristigen Profitinteresse von Wagniskapital, das letztlich Innovationen behindert.

In ihrem 2018 erschienenen Buch *Wie kommt der Wert in die Welt?* hatte sie u.a. bereits kritisiert, dass wichtige Innovationen über den Staat herbeigeführt werden, die privaten Akteure aber davon profitieren. Als Beispiel nennt sie die Zwillingsgeschichte von Solyndra und Tesla: 2009 erhielt Solyndra ein Solarzellen-Start-up einen garantierten Kredit über 535 Millionen Dollar vom US-Energieministerium. Im gleichen Jahr bekam der Elektroautohersteller Tesla Motors einen ähnlichen Kredit über 465 Millionen Dollar. In den Jahren darauf hatte Tesla immensen Erfolg und die Firma bezahlte den Kredit 2013 zurück. Solyndra dagegen meldete 2011 Insolvenz an. Im Falle von Solyndras Pleite hatte der



Steuerzahler die Zeche bezahlt – von Teslas Profiten sah er dagegen so gut wie nichts. In dem Jahr, in dem Tesla seinen staatlichen Kredit bekam, ging die Firma mit einem Eröffnungskurs von 17 Dollar pro Anteilsschein an die Börse. Zu dem Zeitpunkt, als sie den Kredit zurückzahlte, also 2013, war ihr Papier 93 Dollar wert. Kurz darauf hatte sich der Kurs aber schon verdoppelt. Heute liegt er bei etwa 1.000 Euro.

Als ein weiteres Beispiel benennt sie die Entwicklung der Patente, die durch staatliche Forschungsförderung erst ermöglicht, deren Ergebnisse aber privat angeeignet und als „Schutz geistigen Eigentums“ unter Patentrecht gestellt werden. Aktuelle Beispiele sind natürlich die mit staatlichen Fördermitteln entwickelten Impfstoffe zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. In ihrem neusten Buch weist sie das auch nach anhand der öffentlichen Förderung der Corona-Impfstoffe von Moderna und Johnson & Johnson.

Die Autorin hatte herausgearbeitet, dass die Orientierung der Investitionen auf kurzfristige Profite systembedingt ist und deshalb Innovationen permanent erschwert. Aktionäre erwarten Wertsteigerungen der Aktien, was über Aktienrückkäufe befördert wird, oder hohe Dividenden. Beides schließt langfristige Investitionen aus. Sie weist nach, dass in den USA die Geschäftsinvestitionen im Verhältnis zum BIP tendenziell rückläufig sind, und zwar von 5% im Jahre 1967 auf 2% im Jahre 2012.

Sie schlussfolgert: Politische Entscheidungen sollten mit der Einsicht in das kollektive Wesen des Innovationsprozesses beginnen. Sie fragt: Könnten wir angesichts der immensen

Risiken, die der Steuerzahler auf sich nimmt, wenn der Staat in visionäre neue Ideen wie das Internet investiert, nicht Mittel und Wege finden, die Früchte der Innovation im selben sozialen Maß zu teilen wie die damit verbundenen Risiken?

Die einzige Möglichkeit, aktuelle Probleme wie Klimakatastrophe und Pandemien zu lösen, bestehe darin, dass der Staat die Initiative ergreift und sie mit Weitblick angeht. Wie bereits erklärt, sieht der Staat seine Rolle allenthalben darin, Probleme zu kitzen, anstatt kühne Projekte in Eigeninitiative anzupacken. Der Staat sollte sich vom Kreditgeber der letzten Instanz zum „Investor erster Instanz“ entwickeln und Risiken übernehmen. Nur die Beteiligung des Staates erlaubt es zu experimentieren. Experimentieren zu können sei aber die Voraussetzung für Innovation.

Mazzucato bezieht sich auf die Apollo-Mission, die unter staatlicher Führung nach einer Rede Kennedys an der Rice University 1962 eine die ganze Gesellschaft motivierende Aufgabe gestellt hatte, Menschen zum Mond zu fliegen. In der heutigen Zeit sei ein neues Verständnis von Gemeinwohl nötig, um die Herausforderungen Klimawandel und Pandemien zu bewältigen. Um sicherzustellen, dass unsere Erde bewohnbar bleibt, erfordere es denselben Ehrgeiz, dasselbe Maß an Organisation, Planung, Grundlagenforschung, gemeinsamer Risikoprävention von öffentlichen und privaten Akteuren, Zielstrebigkeit und Dringlichkeit wie das Apollo-Projekt. Sie nennt das „missionsorientierten Ansatz“.

Sie nimmt den Begriff des „New Green Deal“ auf, um Investitionen im

„Roosevelt’schen Ausmaß“ zu fordern. Sie will öffentliche, private und Akteure der Zivilgesellschaft für dieses Ziel zusammenbringen, um gemeinsame Werte zu schaffen und zwar so, dass nicht einer von ihnen sich in die Rolle des Cheerleaders für den anderen degradiert sieht.

Zur Bewältigung der Klimakrise zitiert sie Aufgaben, die die Kongress-abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez formuliert hatte, den gesamten Strombedarf der USA aus erneuerbaren kohlenstofffreien Energien zu decken und dabei gleichzeitig schrittweise aus der Kernenergie auszustiegen. Sie zitiert auch Ursula von der Leyen mit dem ehrgeizigen Programm eines Europäischen Grünen Deal, äußert zugleich aber auch Zweifel, ob sie die für diese Mission nötigen Mittel von dem Mitgliedsstaaten der EU mobilisieren kann.

Wenn öffentliche Stellen die enormen technischen und Marktrisiken absorbieren, dann sei es nur recht und billig, dass auch die Früchte einer erfolgreichen Finanzierung durch die öffentliche Hand dem Steuerzahler zugutekommen und eine logische Grundlage für die Sozialisierung der finanziellen Erträge sind. Um dies zu bewerkstelligen gäbe es zwei Wege, entweder über einen öffentlichen Vermögensfond oder öffentliche Aktienbeteiligungen an Unternehmen. Als während der Covid-19-Krise Regierungen rund um die Welt für massive Bail-outs (staatliche Zahlungen zur Verhinderung von Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung) zahlten, sprach sich selbst die Financial Times für die Einbehaltung von Aktienpaketen an den betroffenen Konzernen aus. An diese Bail-outs lassen sich Bedingun-

gen knüpfen, die der Gesellschaft zugutekommen wie z.B. CO<sub>2</sub>-Reduzierung der Produktion, Fortbildung der Beschäftigten oder das Verbot der Aktienrückkäufe mit der Auflage, in Forschung und Entwicklung zu investieren.

Partnerschaften zwischen Staat und Wirtschaft müssten symbiotischer Natur sein, d.h. zum Nutzen beider auf ein gemeinsames Ziel gerichtet, nicht parasitärer Natur, d.h. zu Gunsten des einen und zu Lasten des anderen. Symbiotische Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Organisationen, auf dass diese – Risiken wie Früchte teilend – auf die Lösung der wichtigsten Probleme unserer Zeit hinarbeiten. In diesem Sinne geht es letztlich um ein Überdenken des Kapitalismus selbst.

Missionen wie der New Deal von Roosevelt oder die Mond-Mission waren Projekte, die von oben, von der herrschenden Elite, angestoßen worden waren. Jetzt gehe es darum, neue Missionen mit der Bewegung von unten zu verbinden und sie bezieht sich dabei auf die Bewegung Fridays for Future.

Ihr neuestes Buch ist in jeder Hinsicht zu empfehlen, weil es analytisch stark ist und daraus politische Aufgaben herleitet, die heute aktuell und auch umsetzbar sind, wenn der politische Wille dazu besteht.

*Hans-Henning Adler*

## Verfrühte Grabrede auf einen Untoten?

*Hannes Hofbauer: Europa. Ein Nachruf. Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H. Wien 2020, 282 S. eBook 17,99 Euro, broschiert 22,00 Euro. Seitenangaben beziehen sich auf das eBook*

Nicht weniger als einen „Nachruf“ verspricht der Wiener Historiker, Publizist und Verleger, wenn er über das heutige kapitaldominierte Europa schreibt. Deutschland, vielleicht Frankreich und – wie es vor Jahren hieß – die Staaten Kerneuropas bestimmen die Geschicke aller 27 Mitgliedsstaaten, und das zum Schlechten der meisten dieser Staaten, ihrer Bürgerinnen und Bürger, aber auch des immer noch gespaltenen Kontinents. Da Hofbauer genauer hinsieht, erkennt er auch die direkten und indirekten Einflussnahmen der USA auf das vermeintlich so souveräne und nach Weltgeltung strebende Europa. Der Autor kennt sich mit der Materie aus. Seit Jahren untersucht er die Wirkungsmechanismen dieser sich Gemeinschaft nennenden Organisation und das Funktionieren von Kapitalmacht. Der kritische Blick aus dem kleinen Österreich mit seinen zahlreichen näheren wie fernerer osteuropäischen Nachbarn fällt leichter als aus den Hauptstädten der dominierenden Mächte Europas.

Nachrufe schreibt man gewöhnlich für bereits Verblichene. Hier hat der Autor keinen Zweifel: „Spätestens der europaweite Umgang mit ... Sars-CoV-2 ... hat gezeigt, dass der Unionsgedanke in der Krise zerschellt. Allen EU-Staaten gemeinsam war der Rückzug aufs Nationalstaatliche“ (249).

Er behandelt die Pandemie als Katalysator einer Entwicklung, die sich aus Geschichte und Praxis der EU zumindest der letzten zwei Jahrzehnte im Umfeld der Krise von 2007ff. und deren Konsequenzen ergeben hat. Die EU sei gescheitert zum einen – wie der Umgang mit der Pandemie zeige – an der „strukturelle(n) und personelle(n) Unfähigkeit ..., die größte Herausforderung Europas seit dem Zweiten Weltkrieg zu managen“ (249). Aus dem Kontext wird allerdings klar, dass es sich um die Überforderung der EU handelt, mit ihren Ambitionen und einer aufgeblähten Staatenkonstruktion in Krisen zu Rande zu kommen. „Und zum anderen zerplatzte die Vorstellung, der EU-europäische Gedanke hätte über die vergangenen Jahrzehnte dazu beigetragen, den Nationalstaat zu überwinden. Das Gegenteil war der Fall“ (249). Dies begünstige „Fliehkräfte“ als heute bestimmend für „die Entwicklung der Europäischen Union. Sie sind zahlreich. Politisch findet eine Rückbesinnung auf den Nationalstaat statt“ (224).

In acht der elf Kapitel wird das geschichtliche Werden dieser Gemeinschaft, genauer, ihres ideologischen Konstrukts und ihrer machtpolitischen Strukturen, ausgebreitet. Es erscheint als eine Geschichte von Träumen und handfestem Aufstieg, aber auch vom Fall eines Gebildes, das für die einen eine Großmacht in der Konkurrenz zu anderen imperialistischen Machtzentren, für die anderen die Hoffnung eines idealisierten Lebens der Freien und Gerechten sein sollte. In der historischen und aktuellen Wirklichkeit ist wenig von einer Romantik der europäischen Beziehungen, von unbändiger Friedenssehnsucht, dem Über-

winden der Grenzen und großer Völkerverbrüderung zu spüren. Vielmehr bestimmt die Machtpolitik der Großmächte des Kontinents, insbesondere der Deutschen und Franzosen. Höhepunkt dieses machtpolitischen Weges ist die „Mitteleuropa“-Idee eines Friedrich Naumann, der im Ersten Weltkrieg mangels militärischer Siege auf ein wirtschaftlich deutsch dominiertes Zusammenwachsen setzte. Die Paneuropäische Bewegung der 1920er Jahre schien dem Frieden verpflichtet und wollte doch nur mit den Geburtshelfern „Christentum und Russlandfeindschaft“ (45) zwischeneuropäische Kriege der zivilisierten Staaten verhindern und gegen Osten, damals gegen den Bolschewismus, mauern. Die Nazis konnten mit der Europa-Idee im Unterschied zu den Wirtschaftsmagnaten zunächst wenig anfangen. Erst angesichts der Niederlage „wurden die Vorstellungen der Nazis über Europas Neuordnung geradezu visionär, nachkriegsvisionär“ (53).

Im Kalten Krieg wurden die Karten neu gemischt und die Europa-Idee wirtschaftlich, zunächst mit der Montan-Union, später der EWG, aufgemöbelt. Nachdrücklich weist der Autor auf die treibende Rolle der USA, gerade auch für die deutsch-französische Achse, hin. Die Staaten der künftigen Union sollten wirtschaftlich prosperieren (und blieben doch bis heute von den wirtschaftlich potentesten Mächten abhängig, zuerst der BRD) und eine ideologische Gemeinsamkeit wiederum gegen die äußere, nun sowjetisch-sozialistische Bedrohung, sichern.

Hofbauer schlägt einen großen Bogen von den ausgehenden 1980er Jahren mit der Durchsetzung der „Einheitli-

chen Europäischen Akte“, den „Maastricht-Kriterien“ bis zur Durchsetzung des Neoliberalismus in der immer größer werdenden nunmehrigen Europäischen Union. Sie sollte im Interesse ihrer Führungsmächte wirtschaftspolitisch und mehr und mehr auch politisch mit einer Stimme sprechen. Bei der umfassenden Erweiterungswelle der 1990er und 2000er Jahre nach dem Zusammenbruch des Ostblocks wurden diese Staaten „leichte Beutestücke für Brüssel, und zwar in seiner Doppelfunktion als Sitz der NATO wie EU“ (193). Auch hier zogen die USA mit an den Fäden. Vor dem Hintergrund der aktuellen Ukraine-Krise ist der Hinweis hochaktuell – bei Hofbauer im Rückgriff auf 2013/14 –, dass es mit der Ukraine nicht nur um den „industriell am meisten entwickelten Staat“ geht, sondern auch um jenen, „dessen Westorientierung Russland am unangenehmsten war“ (221).

Ansonsten gelte, wer in den erlauchten Klub hineinwollte musste sich – gerade in Osteuropa – zunächst militärisch via NATO einbinden lassen und die Vorgaben der EU auf das Komma genau übernehmen. Dass dies nicht immer klappte ist bekannt und Ursache für neue Widersprüche und Konflikte, die mit dem Wiedererstarken des Nationalismus in einer Reihe dieser Staaten nur bedingt beschrieben sind. Es begann sicher nicht erst mit dem Scheitern des Verfassungskonvents im Jahre 2000, der den Weg zum Einheitsstaat öffnen sollte. Anzumerken bleibt, dass aus Sicht des Rezensenten dies auch ein Problem nicht weniger Linker wurde, die naiv hofften, in einem solchen Verfassungsstaat demokratische, solidarische und Friedens-Positionen fest-

schreiben zu können. Sie übersahen nur – wie so oft – dass hehre Verfassungsliturgie und linke Fantasien handfester Kräfteverhältnisse bedürfen, um vom Traum zur Wirklichkeit in Parlamenten und auf der Straße erkämpft zu werden.

Das ist verständlich, wenn der Kern dieses „Projekts“ herausgeschält wird. „Das europäische Einigungsprojekt war von Anfang an nicht als solidarisches und demokratisches gedacht, sondern folgte immer spezifischen wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen. Es ging um die Herstellung eines Großraumes für ökonomische Protagonisten in einem angeblich alternativlosen weltweiten Konkurrenzkampf“ (6). Dieser sehr materialistische Kern wird aber umhüllt mit einem Gespinnst von Legenden und Lügen, würde der Rezensent meinen. Hofbauer etwas nüchterner: „Als ideologische Begleiterscheinung dieses Geschäftsmodells wird das Selbstbild einer Wertegemeinschaft gemalt, deren anhaftendes Beiwort ‚europäisch‘ etwas erklären soll, das für die meisten BewohnerInnen dieses Raumes keinen Sinn ergibt.“ (6) Nicht zuletzt – auch und gerade in Auseinandersetzung mit der feindlichen Umwelt von Moskau bis zum auch wirtschaftlich bedrohlich werdenden Peking wie in dem Versuch der inneren Disziplinierung von Warschau bis Budapest – trägt die EU das „identitätsstiftende Postulat der liberalen Demokratie“ (239) vor sich her. Dieses wird jedoch von den dominierenden Kräften definiert. Letztlich gelte aber – selbst in restriktiven Corona-Zeiten –, so Hofbauer, bei allem Beschwören der Freiheiten, dass „die einzige der vier Grundsäulen der Eu-

ropäischen Union, die nirgendwo angetastet wurde, ... der freie Kapitalverkehr“ ist (253).

Das ergibt sich aus den wirtschaftlichen Interessenlagen, die sich im Buch immer wieder als Konflikt und Gefälle zwischen Nord- und Süd-Europa, nach dem massenhaften Einwerben der neuen bzw. sich neu orientierenden Staaten Osteuropas auch als West-Ost-Gefälle erweisen. Zugleich wird das Begeistern für die „Europa-Idee“ von der strikten Einbindung in die „transatlantische Allianz“, also in die Beziehung zu den USA, überlagert, die nach 1945 entscheidender Impulsgeber der (west)europäischen Einigung gegen die kommunistische Bedrohung aus dem Osten waren. Und die sich offenkundig heute unter anderen Propagandapremissen geostrategisch fortsetzt. Mit der zunehmenden Verquickung der Festigung Europas mit der militärischen Stärkung und der Schaffung eigener oder in die NATO eingebundener militärischer Kapazitäten wird der Friedensanspruch recht schnell enttarnt. Vor allem aber wird deutlich, dass Europa-Idee und -Konstruktion von der Konfrontation mit dem äußeren Feind, wahlweise oder gleichzeitig, Russland und die muslimische Welt, lebte und lebt.

Die notwendige Kritik an der EU wird leider getrübt durch die nicht immer berechnete Verquickung mit der aktuellen Pandemie-Frage. Hofbauer kann schlüssig zeigen, wie diese besondere Krise sowohl die Zentralisierungs- wie die Fliehkräfte in der Union verstärkt. Er zeigt, wie Brüssel parlamentarische Mechanismen ausgehebelt und die Mitgliedsländer sich zuallererst um die eigene Rolle sorgen.

Gleichzeitig unterschätzt er allerdings die Zwänge zu, wie er es abwertend nennt, autoritären, paternalistischen Ansätzen, um die Krise zu mildern. Hier changiert seine Position<sup>1</sup> zwischen notwendiger Kritik an bestehenden Strukturen, dem folgerichtigen Aufzeigen der Gefahren bestimmter Lösungen und der Notwendigkeit, auch unliebsame Maßnahmen mit gebotener Härte durchzusetzen. So läuft er Gefahr, Methoden fehlzubewerten und längerfristige Tendenzen für einen Kapitalismus mit einer stärkeren Rolle der Medienunternehmen, der pharmazeutischen Wirtschaft, der Dominanz von elektronisch basierten Wirtschafts- und Finanzsystemen auf die aktuelle Krise zu reduzieren. Diese Tendenzen und die mit ihnen verbundenen wirtschaftlichen und politischen Kräfte wirken seit längerem, sie haben „nur“ die Krise genutzt, wie sie auch jede andere Krise nutzen werden. Insofern ist der „Nachruf“ wohl deplatziert, wir haben es mit einem sehr „Untoten“ zu tun. Das Europa des Kapitals und des transatlantischen Bündnisses wird sich verändern – auch unter dem Eindruck der Corona-Krise. Es wird vielleicht nicht bei einem Brexit bleiben, aber jenseits des intentionellen Rahmens werden wirtschaftlicher und militärischer Einfluss, im Zweifelsfall auch Erpressung, kurz- und mittelfristig geeignet sein, Europa zu einem „guten“ Ort für das Kapital, zu einem Aufmarschraum gegen Russland und zu einem nicht nur ökonomischen Konkurrenten Chinas zu machen.

Sympathisch ist Hofbauers Vision gegen dieses kapitaldominierte, uneinige Europa: Ein Europa ohne die EU. „Solche Gedanken dürfen von Anfang an nicht mehr in der Dimension globaler Konkurrenzfähigkeit verhaftet bleiben, sondern müssen umgekehrt ein Konzept ökonomischer Subsidiarität entwickeln, das den wirtschaftlichen Kleinraum vor den Großraum stellt und Indikatoren wie individuelles Glück und kollektive Solidarität in den Vordergrund rückt“ (263). Er will „regionalen und sozialen Schutz vor einer global agierenden und auf Verwertung ausgerichteten Wirtschaftsweise“ (265), den Verzicht auf den Mobilitätswahn und „anstelle der sogenannten ‚ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit‘ eine Lohn-, Sozial- und Regionalpolitik ..., die lokaler und nationaler Beschäftigung Vorrang einräumt“ (267). Überhaupt geht es ihm um ein anderes Wirtschaften, in der „nationalstaatliche Souveränität vor globaler Standortkonkurrenz“ steht, in dem die gemeinsamen Strukturen von unten aufgebaut werden und politisch „Entscheidungen möglichst regional vor national und international getroffen werden“. Von dem bisherigen „vorherrschenden missionarisch-imperialen Anspruch“ könnte man sich verabschieden (268). Wieder eine gute Idee, eine Utopie – die nur noch derjenigen politischen Akteure bedürfte, die wir gegenwärtig nicht finden.

Allerdings auch ein Ausblenden der Tatsache, dass die Zerstörungstendenzen der EU und das Ausweichen auf den Nationalstaat seit Jahren mit einem Ruck nach rechts und ganz rechts verbunden sind. Die neuen sozialen Bewegungen und rechten Parteien – die interessanterweise nicht die Trei-

<sup>1</sup> Siehe Hannes Hofbauer/Stefan Kraft (Hg.): Lockdown 2020. Wie ein Virus dazu benutzt wird, die Gesellschaft zu verändern. Wien 2020.

ber der autoritären Anti-Seuchen-Politik sind – punkten mit ihrer Ablehnung von Brüssel, mit ihrem Einfordern von nationaler Selbstbestimmung und einer selektiven Demokratie und Sozialstaatlichkeit, die ausschließt. Die Zeiten der Untoten bleiben gefährlich.

Stefan Bollinger

## Sozialismus, Wissenschaft, Utopie

Klaus Dörre: *Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution*, Matthes & Seitz, Berlin, 2021, 345 S., 24,00 Euro.

In seiner (äußerst lesenswerten) Einführung zum Begriff der Utopie unterscheidet Alexander Neupert-Doppler zwischen literarischen „Staatsromanen“, (früh)sozialistischen Siedlungsutopien und politischen „Leitbildern“. <sup>1</sup> Soweit es sich bei Klaus Dörres neuestem Buch tatsächlich um einen *utopischen* Entwurf handelt, entspricht er der dritten Kategorie: Dörre erzählt weder von Schiffbruch und eigentümlichen Begegnungen auf einem fernen Eiland, noch plant er – auf den Spuren Étienne Cabet – die Gründung eines neuen „Ikarien“. Sein Sozialismus wurzelt durchaus im Hier und Jetzt und knüpft an bereits Vorhandenes und Er kämpftes an. Wenn er ein Kapitel mit „Sozialismus – von der Wissenschaft zur Utopie“ überschreibt (37) und betont, Sozialismus müsse „heute wieder zur Utopie werden, um politisch wirken

zu können“ (39), so richtet sich dies weit eher gegen einen starren „Lehrbuchmarxismus“ als gegen die Utopiekritik Friedrich Engels’, dem das Buch als nachträglicher Geburtstagsgruß sogar gewidmet ist: „Ewige Wahrheiten, die noch dazu bei ‚jedem Schulstifter verschieden ausfallen‘, konfrontiert Engels [...] mit einem wissenschaftlichen Anspruch, der den Sozialismus aus realen Bewegungen der Gesellschaft heraus zu begreifen beabsichtigt“ (38). Hinter diesen Anspruch fällt auch Dörre nicht zurück. Seine Argumentation vollzieht insofern keinen Bruch mit einem wissenschaftsorientierten Sozialismusverständnis, sondern rekonstruiert das auch ihm eingelagerte, utopische Element, dem er die Funktion eines Kompasses für politisches Handeln zuschreibt. <sup>2</sup> Dörres Schrift lässt sich auch als (real)politisches *Programm* lesen.

Im Zentrum steht die Frage nach einem Sozialismus, der eine Alternative zum Wirkungszusammenhang von kapitalistischen Wachstumsregimen und perpetuierter Naturzerstörung etablieren kann: „*Sozialistische Ideen des 21. Jahrhunderts müssen, so die hier vertretene These, ihre Überzeugungskraft aus der Notwendigkeit einer Nachhaltigkeitsrevolution beziehen*“ (39). Dörre bindet seine Sozialismuskonzeption eng an arbeits- und wirtschaftssoziologische Fragestellungen im Horizont einer Zeit- und Krisendiagnose. Wer mit Klaus Dörres Arbeiten vertraut ist, findet hier viele Aspekte seiner Forschung zu-

<sup>1</sup> Alexander Neupert-Doppler, Utopie. Vom Roman zur Denkfigur, Stuttgart 2015, u.a. S. 8 und S. 170.

<sup>2</sup> In ähnlichem Sinn schreibt auch Neupert-Doppler: „Utopiebewusstsein ist kein Fortschrittsglaube, es will diesem erst Orientierung geben.“ (Ebd., S. 178)

sammengeführt. Im Anschluss an Rosa Luxemburg, Burkhard Lutz und David Harvey analysiert er die der kapitalistischen Produktionsweise inhärente Dynamik von Landnahmen (und -preisgaben) als Treiberin von Krisen und zeitweiser Stabilisierung von Akkumulationsregimen und Regulationsweisen. Neben die im engeren Sinn ökonomische Krise des Gegenwartskapitalismus, die er im Anschluss an andere Zeitdiagnostiker als perpetuierte Krise kapitalistischer Akkumulation und säkulare Stagnation fasst, tritt – so die zentrale These – eine ökologische Krise, die ihrerseits nicht unabhängig von einer auf Wachstum und Entfaltung der Produktivkräfte gerichteten Ökonomie verstanden werden kann, sondern im Gegenteil deren zunehmende Unfähigkeit offenbart, soziale Verwerfungen durch traditionelles Wirtschaftswachstum zu kompensieren: „Sofern Wirtschaftswachstum überhaupt noch generiert werden kann, zehren die mit ihm verbundenen ökologischen und sozialen Destruktionskräfte den äußerst ungleich verteilten Wohlfahrtsgewinn nicht nur auf, sondern – und das ist historisch neu – sie kumulieren sich bis hin zu Schwellenwerten, an denen eine irreversible Destabilisierung globaler Ökosysteme einsetzt“ (61). Die ökologische Schranke treibt die große Krise des Gegenwartskapitalismus in die Falle einer „ökonomisch-ökologische[n] Zangenkrise mit lebensbedrohlichem Gefahrenpotential“ (61).

Dörre schlägt dagegen vor, „die *Sustainable Development Goals* (SDGs) der Vereinten Nationen als normative Basis sowohl für die gesellschaftliche Transformation im Allgemeinen als auch für deren sozia-

listische Ausrichtung zu nutzen“ (96). Ohne die Widersprüche der UN-Entwicklungsziele zu ignorieren, macht Dörre in ihnen ein bereits bestehendes Regelwerk aus, das es nicht nur als erreichte Position zu verteidigen, sondern als Ausgangspunkt radikaler Transformationsforderungen zu behaupten gelte. Die SDGs erscheinen Dörre als Musterbeispiel für Rechtsverhältnisse, auf denen ein nachhaltiger Sozialismus aufbauen kann: „Das Fundament einer künftigen sozialistischen Gesellschaft bilden transformative Rechtsverhältnisse, die Nachhaltigkeitszielen einen Verfassungsrang geben; kollektives Selbsteigentum an und in großen Unternehmen, kooperative Marktwirtschaft mit kleineren Unternehmen; die Eckpfeiler von Wirtschaftsdemokratie; Produktionsweisen mit langlebigen Gütern; ein neues Verhältnis von Markt und Plan, sowie Nachhaltigkeits- und Transformationsräte als Innovationen im politischen System. Das sind Bausteine für das sozioökonomische Fundament nachhaltig sozialistischer Gesellschaften“ (117f.). Dörre spricht so der Dimension des Rechts (in politischen Mehrebenensystemen) eine zentrale Rolle sowohl für den sozialistischen Transformationsprozess als auch für einen etablierten Sozialismus zu. Dieser Gedanke einer rechtlichen Vermittlung sozialistischer Transformation verdiente noch stärkere Ausarbeitung.

Im Kern besteht das von Klaus Dörre skizzierte Sozialismuskonzept in einem gründlichen Umbau jener Rechtsverhältnisse, insbesondere von Verfügungsrechten und Eigentumsrechten, die bislang die Vorherrschaft kapitalistischer Produktionsweise in der bürgerlichen Gesellschaft struktu-



rieren und garantieren. „Die Einschränkung von Kapitalmacht muss über eine *Umwälzung der Rechtsverhältnisse* erfolgen“ (119). Dabei geht Dörre nicht davon aus, in einer „postkapitalistischen“ Gesellschaft wirke nur noch ein ökonomisches Regulationsprinzip (etwa das einer staatlichen Planwirtschaft). Ein etablierter Sozialismus, der Dörre zufolge zudem selbst in Europa unterschiedliche Varianten hervorbringen würde, erscheint vielmehr als ein System gemischter Wirtschaft, in dem genossenschaftliche und öffentliche neben privaten Eigentumsformen, marktvermittelte neben durch zentrale und dezentrale Planung organisierten Formen der Produktion, Distribution und Allokation von Gütern und Dienstleistungen stehen. Ob und in welcher Weise in einem solchen Wirtschaftssystem, die kapitalistische Produktionsweise als „untergeordnetes Organisationsprinzip“<sup>3</sup> eine Rolle spielen könnte, bleibt als Frage offen. Dörre schließt seine Überlegungen zur „kooperativen Marktwirtschaft“ eher an Debatten um einen „Marktsozialismus“ an. Vielleicht wäre es hier klarer, von *bleibenden* kapitalistischen

Elementen zu sprechen, deren Expansionstendenz im Zaum zu halten auch im Sozialismus eine wirtschaftspolitische Aufgabe bliebe.

Klaus Dörre stellt seine politische Sozialismuskonzeption insbesondere zwei antipolitischen „Narrativen“ entgegen, die ihrerseits mit dem Anspruch vorgetragen werden, die ökologischen Verwerfungen des Gegenwartskapitalismus zu überwinden. Zum einen wendet sich Dörre gegen das weitverbreitete „technologieoffene“ Vertrauen in den Kapitalismus, durch Innovation die ökologischen Probleme alsbald zu lösen und auf diesem Weg noch Wachstum generieren (150ff.). Zurecht zeichnet er nach, wie dieser *technische* „Solutionismus“ nicht nur dadurch scheitert, dass seine Wachstumsversprechen das Dilemma der Zangenkrise kaum lösen werden. Er rekonstruiert auch den Umschlag solcher Technikutopien ins Dystopische: Gerade die Digitalisierung, die durchaus – etwa zur Verbreitung von Wissen und Information – ein Segen sein kann, eignet sich nicht nur zur Überwachung, sondern als technische Basis einer Landnahme, in deren Folge die Wissensproduktion durch künstliche Verknappung selbst in die Verwertungssphäre hineingerissen wird. Aus diesen Gründen erscheinen auch produktivkraftoptimistische Träume von einem technisch herbeigezauberten Sozialismus abstrus. Das zweite Narrativ, dem sich Dörre energisch entgegenstellt, ist der – inzwischen leiser gewordene – Glaube daran, die Coronapandemie berge die Chance das Ende der Wachstumsökonomie und der kapitalistischen Akkumulationsdynamik einzuläuten (198ff.). Demgegenüber arbeitet er heraus, dass

3 Als solches bezeichnete Georg Fülberth die Existenz sozialistischer Elemente in einer vorherrschend kapitalistischen Ökonomie. Fülberth zufolge würde in ähnlichem Sinn der Kapitalismus auch aus einer sozialistischen Ökonomie nicht vollständig verschwinden. Die formationstheoretischen Konsequenzen dieser These können im Rahmen dieser Rezension freilich nicht diskutiert werden. Eine Folge könnte sein, dass die bürgerliche oder moderne Gesellschaft als Arena des Konflikts zwischen Kapitalismus und sozialistischen Produktionsweisen um Vorherrschaft erscheint. (Vgl. Georg Fülberth, *Sozialismus*, Köln 2010, S. 9 und S. 104f.)

gerade die Pandemie nicht nur soziale Nachhaltigkeitsziele weit zurückgeworfen hat, sondern auch die geringeren Emissionen aufgrund etwa der Einbrüche im Flugverkehr, in Kürze bereits kompensiert, wenn nicht gar überkompensiert sein werden.

Es bleibt die Frage nach Akteuren der Transformation. Die Umbrüche der kapitalistischen Produktionsweise haben in den vergangenen Jahrzehnten das Bild der arbeitenden Klassen (erneut) radikal verändert. Dem Niedergang der traditionellen Industriearbeiterschaft als Massenkategorie entsprach die Entwicklung dessen, was Klaus Dörre auch in früheren Schriften bereits als Weg in eine „demobilisierte Klassengesellschaft“ analysiert hat. Dass sich aus Klassenlagen nicht notwendig Klassenbewusstsein ergibt und dass im Selbstverständnis von Akteuren andere, etwa nationalistische oder religiöse Identifikationen an die Stelle der Klassenzugehörigkeit treten können, wurde schon vielfach herausgearbeitet. Die Frage danach, ob und wie sich soziale Erfahrungen (seien es Abstiegsängste oder Diskriminierungserlebnisse) politisch artikulieren, ist weitgehend offen. Die Erfolge rechtspopulistischer Parteien unter Arbeitern führen vor diesem Hintergrund oft zur fatalen Alternative, entweder die Klassenbasis von Transformationsstrategien gänzlich zu negieren und in einen eigentümlichen Mythos der dissidenten Energie sozialer Bewegungen zu verfallen oder umgekehrt, vermeintliche Klassenidentitäten gegen die „Selbstinszenierung einer modischen Life-Style-Linken abtun zu wollen“ (232). Klaus Dörre wählt einen anderen Weg.<sup>4</sup> Zum

einen stellt er heraus, dass sich im Kontext der Ökologiebewegung Ansätze für das „erwachende Selbstbewusstsein einer neuen Lohnabhängigenklasse“ (229) finden ließen und verweist mit Nachdruck darauf, dass das „akademische Milieu“ der Gegenwart selbst zunehmenden Verwerfungszwängen ausgesetzt ist: „Vielleicht erweist sich diese neue Großgruppe künftig geradezu als Avantgarde ökologischer Klassenpolitik [...]“ (231). Zum anderen betont er – ähnlich wie vor ihm bereits Mimmo Porcaro<sup>5</sup> – die wachsende Rolle allgemeiner politischer Fragen für die Herausbildung kollektiven (Klassen)Handelns, das sich letztlich – gramscianisch gedacht – als gegenhegemonialer Block konstituiert und auch die klassische Industriearbeiterschaft integriert, denn: „Gibt man spezifische Klassenlagen von Industrie- und Produktionsarbeitern poli-

---

die Vereinbarkeit unterschiedlicher Bewegungsforderungen etwas zu groß, wenn er bezogen auf die unterschiedlichen Strömungen „linker“ Bewegungen fordert, „dass Gräben überwinden, interne Konflikte beigelegt und das Trennende hintangestellt wird“ (246). Er selbst zeichnet – etwa in der Auseinandersetzung mit den Thesen seiner ehemaligen Mitstreiter aus dem Jenaer Postwachstumskolleg, Hartmut Rosa und Stephan Lessenich – nach, wo hier Fallstricke liegen. Konzeptionelle Differenzen müssen unbedingt ausgetragen werden, sonst wirken sie auf jeden Kompass wie ein Magnet, der letztlich nur Desorientierung hervorbringt. Auch ohne Rekurs auf Klassenfragen sind nicht alle Konflikte in Kompromissen zu befrieden oder zurückzustellen. Als Beispiel sei nur die aktuell am Beispiel einer grünen Bundestagsabgeordneten aufbrechende Differenz zwischen einem regressiven, biologistisch-sexistischen Feminismus und dem Selbstbestimmungsrecht transsexueller Menschen genannt.

<sup>5</sup> Mimmo Porcaro, *Tendenzen des Sozialismus im 21. Jahrhundert*, Hamburg 2015.

<sup>4</sup> Allerdings gerät sein Optimismus bezogen auf

tisch preis, sind linke Hegemonie und Mehrheitsfähigkeit unwahrscheinlich“ (234). Dörre argumentiert so scharf gegen falsche Frontstellungen gerade auch in Debatten um eine Klassenpolitik auf der Höhe der Zeit.

Kritisch ließe sich anmerken: Auch wenn der Begriff der Demokratie häufig vorkommt und sich im Buch zahlreiche Ansätze für weitergehende Reflexion finden lassen (darunter auch der anregende Vorschlag, Nachhaltigkeitsräte zu implementieren, die nicht nur durch Wahl, sondern auch durch andere Formen der Delegation entsandt werden), bleiben die Aussagen zum politischen System im Sozialismuskonzept Dörres vage. Die Demokratietheorie für einen erneuerten Sozialismus ist noch ungeschrieben. Um Klaus Dörres Entwurf freilich wird auch sie nicht herumkommen. Fraglos ist seine „Utopie“ ein wichtiger Baustein für künftige Sozialismuskussionen.

*David Salomon*

## Chaos und Theorie

*Alex Demirović u.a.: Das Chaos verstehen – Welche Zukunft in Zeiten von Zivilisationskrise und Corona? Zeitdiagnosen aus dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac, VSA-Verlag, Hamburg 2021, 224 S., 16,80 Euro*

Dass der Flügelschlag eines Schmetterlings auf der einen Seite der Welt infolge von Kettenreaktionen einen Wirbelsturm auf der anderen Seite auslösen könne, ist die wohl bekannteste Erzählung zur Chaostheorie. Bei letzterer geht es um angewandte Mathematik und die begrenzte Vorhersagbarkeit der Entwicklung dynamischer

Systeme. Bei „Das Chaos verstehen“ geht es hingegen um analytische Defizite im Hinblick auf einen globalisierten Kapitalismus, der sich seit Jahren als ein System im Modus multipler Krisenhaftigkeit präsentiert. Die Autor:innen gehörten bis Mai 2021 dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac an, der sich seitdem in einer Phase der Reorganisation befindet. Ziel des Buches ist es zu überprüfen, inwieweit globalisierungskritische Positionen aus der Zeit der Attac-Gründung vor 20 Jahren noch zeitgemäß sind und Antworten auf die Frage zu versuchen, vor welchen Herausforderungen emanzipatorische Politik angesichts düsterer Zeitdiagnosen und eines durch die Coronapandemie gesteigerten Vulnerabilitätsgefühls heute steht.

Der einleitende Beitrag ist als kollektive Gegenwartsanalyse von *Alex Demirović, Ulrich Duchrow, Andreas Fisahn, Birgit Mahnkopf, Thomas Sablowski und Peter Wahl* gemeinsam verfasst. Die zahlreichen krisenhaften Entwicklungen (Klima, Finanzmärkte, Armut, Autoritarismus, internationale Beziehungen etc.) werden darin nicht nur als Orientierungskrise herrschender Politik interpretiert, sondern als zusammenhängende Erscheinungen einer „singulären Zivilisationskrise“ (20). Die gesellschaftliche Linke befinde sich demgegenüber in einem Zustand stark geschwächter Gestaltungs- und Mobilisierungskraft und leide an einem gebrochenen Verhältnis zur Arbeiterklasse sowie mangelnder Organisation übergreifender Interessen. Als Perspektive wird ein Konzept transformativer Reformpolitik skizziert, das darauf zielt destruktive Pfadabhängigkeiten aufzubrechen und Richtungsverschiebungen herbei-

zuführen. In den anschließenden Einzelbeiträgen werden verschiedene Aspekte eingehender betrachtet.

*Alex Demirović* vertieft die Analyse des Charakters gegenwärtiger Krisenprozesse und deutet die Klimakrise als Verdichtung von Zusammenhängen. Durch ihre Eingebundenheit in die systemische Dynamik und ihre Ignoranz gegenüber allen Prognosen und Warnungen seien die Mächtigen nicht in der Lage, die für eine zukunftsfähige gesellschaftliche Reproduktion erforderlichen Veränderungen herbeizuführen. So könne die Strategie eines ‚grünen Wachstums‘ *Birgit Mahnkopf* zufolge bestenfalls die stofflich-energetische Grundlage des Akkumulationsprozesses substituieren, nicht aber die Wachstumssucht industriekapitalistischer Produktivkraftentwicklung an sich. Dabei wird der Kampf um knappe Ressourcen bereits heute nicht nur mit Mitteln des Wettbewerbs geführt, sondern „auch mit hard power, also militärischer Macht“ (80). Doch während die Militärausgaben am Beginn der globalisierungskritischen Bewegung vor zwei Jahrzehnten sanken, so *Peter Wahl*, werden jetzt neue Hightech-Methoden der Kriegführung vorangetrieben. „Multilateralismus und Diplomatie verlieren an Bedeutung und das Recht des Stärkeren statt der Stärke des Rechts dominieren die internationalen Beziehungen“ (87).

*Andreas Fisahn* erweitert die Zeitdiagnosen um eine Analyse des Verhältnisses von Recht und Demokratie. Die ‚marktkonforme Demokratie‘ des Neoliberalismus stellt sich danach praktisch als eine exklusive Demokratie dar, in der die Teilhabechancen weniger Begüterter sinken. Zugleich wachsen die Legitimationsdefizite im euro-

päischen Handeln und die Politik agiert immer häufiger im Ausnahmezustand. Diese Tendenzen begünstigen eine Renaissance von ökonomischem Nationalismus und autoritärer Staatlichkeit. Demgegenüber könnte ein ‚Green New Deal‘, auch wenn er nicht die erforderliche ökologische Nachhaltigkeit hervorbringt, u.U. dennoch „die einzige realistische Alternative zum Abrutschen in die gelenkte Demokratie und den halbierten Rechtsstaat“ (115) sein. Dass im Zuge der Fragmentierung und Transnationalisierung von Produktionsprozessen nicht nur die rechtlichen Grundlagen ‚guter Arbeit‘ erodieren, macht *Stefanie Hürtgen* deutlich. Schon die alltagspraktische Vorstellungskraft vieler Beschäftigter ist nicht mehr am Horizont eines (wie auch immer gearteten) Normalarbeitsverhältnisses orientiert, sondern bricht sich am Erleben „nichtnormaler Normalität“ (129). Dabei ist die globale Wirtschaft insgesamt von starken Divergenzen geprägt. Stagnationstendenzen, so *Thomas Sablowski*, kennzeichnen vor allem „die Volkswirtschaften der alten kapitalistischen Zentren, aber nicht die transnationalen Konzerne, die von diesen Ländern aus operieren“ (152). Andere Regionen und Länder, insbesondere China, Südostasien, Mexiko und Teile Osteuropas, verzeichnen ein dynamisches Wachstum. Die anhaltende Finanzialisierung der Ökonomie wirkt dabei – insbesondere in Krisenzeiten – eher als negativer Trendverstärker, etwa in Form steigender Rohstoff- oder Immobilienpreise. Darunter leiden vor allem die Schwächsten in der Gesellschaft. Insbesondere in der Care-Arbeit kumulieren gegenwärtig negative Entwicklungen. In Analogie zum Ressourcenex-

traktivismus sprechen *Christa Wichterich* und *Carolin Mauritz* von einem Sorgeextraktivismus. Indem Sorge als vermeintlich freies Gut benutzt wird, „ist die Erschöpfung der Sorgearbeiter:innen unvermeidliche Folge“ (159). Produktion und Reproduktion im Zusammenhang zu denken und „als Formen des ‚Sorgens‘ zu begreifen“ (200), ist auch für *Fritz Reheis* die Quintessenz seiner Betrachtung unterschiedlicher Transformationskonzepte. Diese durch intersektionale und feministische Ansätze erweiterte Perspektive aktualisierter Globalisierungskritik ergänzt der Theologe *Ulrich Duchrow* um die Forderung nach einem Bündnis für „eine neue Kultur des Lebens“ (184).

Zum Schluss argumentieren *Andreas Fisahn* und *Peter Wahl*, dass der Bedeutungsverlust der gesellschaftlichen Linken keinesfalls mit einem Bedeutungsverlust linker Ideen, wie Gleichheit und Selbstbestimmung, korreliert. Sie plädieren für die Entwicklung von Reformprojekten, die ein transformatives Potential und eine verbindende Perspektive entfalten können – etwa eine Umkehr von Privatisierungsprozessen in gesellschaftlichen Schlüsselbereichen. Letzteres ist freilich keine abstrakte Aufgabe, sondern kann sich nur „im Prozess politischer Praxis herausbilden“ (216). Im Hinblick auf die dazu erforderlichen Verständigungsprozesse mosaiklinker Akteur:innen liefert das Buch hilfreiche Eingriffspunkte und markiert wertvolle Schnittmengen kritischer Gesellschaftsanalysen.

*Jörg Reitzig*

## **Klassenkompromiss statt „neoliberalen Globalismus“?**

*Wolfgang Streeck: Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus. Suhrkamp, Berlin 2021, 538 S., 28,- Euro*

Mit „Zwischen Globalismus und Demokratie“ versucht sich Wolfgang Streeck an einem ersten linksnationalen Großentwurf für die Neuordnung der Nationalstaaten in der Legitimationskrise des Neoliberalismus. Mit Wucht kritisiert Streeck „Die politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus“, so der Untertitel seines 500-seitigen Werks. Darin ist die Welt manichäisch aufgeteilt zwischen neoliberalen Globalisten, die einen einzigen globalen Nachtwächterstaat errichten wollen und „populistischen“ Globalisierungsgegnern, die den demokratischen Nationalstaat verteidigen wollen.

Mit einiger Eloquenz beschreibt der Kölner Soziologe die wirtschaftliche Stagnation und die politisch-ideologische Legitimationskrise der supranationalen Organisationen, wie der EU und der WTO. Der westliche Kapitalismus sei mittlerweile ineffizient und seine Nationalstaaten würden nicht mehr ihren nationalen Interessen folgen (können). Die finanziellen Defizite der Staaten stiegen deshalb kontinuierlich weiter an, die Wirtschaft stagniere, staatliche Investitionen fehlten, die Währungspolitik sei vor allem in der EU falsch organisiert und die Coronakrise zeige u.a. die logistische Anfälligkeit des internationalen Warenverkehrs auf. Der Aufstieg dieser supranationalen Ordnung habe die Demokratie und den Sozialstaat ausgehöhlt. Insbesondere die EU sei in den

letzten 30 Jahren von einer Konföderation zu einem „Imperium“ geworden, dass zunehmend autokratisch über seine Mitgliedstaaten herrsche.

Zur ökonomischen Krise kommt die politische Legitimationskrise des Neoliberalismus hinzu. So seien die neoliberalen Freihandelsabkommen von „Populisten“ und Antiglobalisierungsbewegungen gestoppt worden. Die Auseinandersetzung um den Globalismus sei heute die zentrale Widerspruchslinie in den Nationalstaaten, so Streeck. In den Ländern stünden sich heute die „kulturellen Klassen“ der Globalisierungsgewinner, „die neoliberalen Globalisten“ und die Globalisierungsverlierer „die Populisten“ gegenüber. Konkrete Akteure nennt Streeck dabei nicht – mit ganz wenigen Ausnahmen, denn zwischen den „populistischen Kräften“ differenziert Streeck nicht – vom Front National bis Mélenchon und der italienischen 5-Sterne-Bewegung fallen alle Bewegungen gegen den „Globalismus“ zusammen. Während er die „neoliberalen Kosmopoliten“ einerseits scharf für ihre Vergötzung „Europas als Zivilreligion“ kritisiert, so bedenkt er konservative nationale politische Bewegungen mit auffälliger Sympathie. Kein Zufall.

Mit dem Abstieg der USA und der neuen polyzentrischen globalen Konstellation sieht Streeck nunmehr ein Gelegenheitsfenster für die Rückkehr zu souveränen Nationalstaaten und ihren nationalen Interessen. Die Nationalstaaten müssten endlich wieder „wirtschaftspatriotisch“ agieren können. Konservative und nationalistische Kräfte könnten dabei unterstützende Akteure beim Rückbau der supranationalen Organisationen sein. Deutschland könne als einziges Land mit großen Gewinnen

nicht länger für die anderen Länder der EU aufkommen und wäre zudem nicht dazu in der Lage die EU zu steuern. Kleine Nationalstaaten seien wirtschaftlich, politisch und demokratisch weit effizienter. Das versucht Streeck mit allerlei Zahlen und Beispielen zu kleineren Staaten mit unter 10 Millionen Einwohnern zu belegen. Diese kleinen Staaten müssten eine Konföderation an Stelle der EU eingehen. Was diese Konföderation ausmacht, bleibt leider unklar.

Nun wäre es einfach, Streeck für seine nationalen Avancen politische Sympathien mit der Rechten zu unterstellen. Nur spricht Streeck mit ebenso erkennbarer Sympathie von den alten kommunistischen Parteien und endet sogar mit einem Plädoyer für einen Systemwechsel, ob durch eine „Reform oder eine Revolution“. Neben dem „Wirtschaftspatriotismus“ will er jedoch vor allem die Rückkehr zum Klassenkompromiss der 60er und 70er Jahre: Absprachen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, eine Regulation der Märkte, die Reindustrialisierung der westlichen Nationalstaaten und die Abkehr von der Skalenökonomie. Sicher kein rechtes Programm, sondern ein sozialdemokratisches.

Als Gegenprogramm zur EU ist Streecks Kritik sicherlich lesenswert. Leider schafft er es auf 500 Seiten nirgends, Begriffe zu erklären oder einen Gedanken einmal wirklich durchzuarargumentieren. Ständig springt er zwischen der globalen und europäischen Ebene hin und her und tut sich und den Leser:innen damit keinen Gefallen. Die verbindende Klammer von EU und anderen supranationalen Organisationen mit dem Begriff des „neoliberalen Globalismus“ ist mehr als dürftig. Streeck ignoriert nicht nur die gesamte

Literatur zu supranationalen Staaten, internationalen Beziehungen und der EU-Integration. Das macht das Buch an vielen zentralen Stellen oberflächlich und erschreckend schlicht. Ein Beispiel: So konsultiert er für die angeblich „imperiale Entwicklung der Europäischen Union“ – immerhin eine seiner Kernthesen – lieber den 300 Jahre alten britischen Historiker Edward Gibbon als die Literatur zum Thema. Entsprechend kann er weder die Durchsetzung des neoliberalen Globalismus historisch zuordnen, noch benennt er irgendwelche Akteure. Die neoliberalen Verträge der EU von der Einheitlichen Europäischen Akte bis zum Maastricht-Vertrag sind zum Beispiel maßgeblich von konservativen Kräften durchgesetzt worden. Vielleicht wollte Streeck das auch nicht benennen, weil es seine Hauptthese komplett infrage stellen würde: dem Abweichen der Nationalstaaten von den nationalen Interessen. Nimmt man Streecks Argumentation ernst, ist Deutschland zum imperialen Zentrum der EU geworden ohne ein Interesse daran zu haben. Ein kurzer Blick in die Literatur hätte gereicht, diesen Irrtum zu korrigieren. Schon in den 70ern gab es dazu von Frank Deppe, Ernest Mandel oder Albert Stutz die Erkenntnis, dass die EWG-Staaten in der politischen und wirtschaftlichen Blockkonkurrenz zwischen den USA, der Sowjetunion und Japan eine gemeinsame Freihandelszone bilden, die nach außen geschützt ist und nach innen global wettbewerbsfähige Unternehmen hervorbringen sollte. Die EU war damit ein Kompromiss zwischen den Kapitalfraktionen der Nationalstaaten – in den Teile der Arbeiterklasse über die Sozialdemokratie eingebunden waren.

Und natürlich ist der Freihandel keine Idee von irgendwelchen Globalisten. Die GATT und später die WTO setzten den Freihandel nur in den wirtschaftlichen Bereichen durch, in denen die USA und die europäischen Staaten anderen Ländern ökonomisch weit überlegen waren. Vom Freihandel ausgenommen sind bis heute die Bereiche, in denen Entwicklungs- und Schwellenländer konkurrenzfähig sind.

Auch Streecks These vom Souveränitätsverlust mag für Griechenland sehr plausibel sein, aber für Deutschland? Gerade Deutschland profitiert als eines der größten Exportländer massiv von der EU und dem Freihandel. Das ist Streeck kaum die Erwähnung wert. Statt von einem Imperium zu schwadronieren, hätte Streecks besser untersucht, welche Kapitalfraktionen und welche Nationalstaaten von der Globalisierung und der EU profitieren und welche nicht. Stattdessen streift er nur in einem Kapitel die Verständigungsprobleme Frankreichs und Deutschlands als zentrales Manko des imperialen Zentrums der EU. Nur vermeidet er Begriffe wie imperial für Deutschland – wahrscheinlich weil es seine These vom Verlust der nationalen Interessen konterkarieren würde.

Statt einer ordentlichen Klassenanalyse des Kapitals erwähnt Streeck, anders als noch in „Die gekaufte Zeit“, lediglich „kulturelle Klassen“. Nur diese fehlende Klassenanalyse kann Streecks Ziel eines erneuerten Klassenkompromisses erklären – dabei setzt eigentlich schon der Begriff Kompromiss voraus, dass ihn zwei Seiten eingehen. Nur hat die Kapitaleseite mit der Globalisierung diesen Kompromiss aufgekündigt und die Arbeiterklasse war zu schwach, ihre Forderungen durchzusetzen. Das

Kräfteverhältnis ist seitdem deutlich schlechter geworden. Zu dieser fehlenden Grundlage des Klassenkompromisses verliert Streeck kein Wort.

Ähnlich verfährt der Autor beim „neuen globalen Polyzentrismus“. Er konstatiert seine Existenz, bespricht aber nicht welche Konsequenzen der Aufstieg Chinas, der neue Protektionismus der USA für die EU oder Streecks bevorzugte neue kleine Nationalstaaten haben. Damit lässt er seine Leser ratlos zurück. Es ist unklar, worin nun genau das Möglichkeitsfenster des Polyzentrismus für eben diese kleinen Nationalstaaten bestehen soll und wie sie in dieser neuen Blockkonstellation agieren sollen.

Die zahlreichen argumentativen und inhaltlichen Fehler, Ungenauigkeiten und Oberflächlichkeiten sind wahrscheinlich dem politischen Charakter des Buches geschuldet. Streeck will auf Biegen und Brechen ein linksnationalistisches Gegenprogramm zum vorherrschenden Linksliberalismus und dessen Hoffnungen in die EU formulieren. Die richtige Erzählung und Dramaturgie sind ihm wichtiger als die genaue Analyse und die realen Problemstellungen. Wenn aber sämtliche Säulen einer Argumentation brüchig sind, stehen selbst große Ideen auf wackeligen Beinen.

*Janis Ehling*

### **Auf dem Weg in den präventiven Sicherheits- und Überwachungsstaat**

*Rolf Gössner: Datenkraken im Öffentlichen Dienst. „Laudatio“ auf den präventiven Sicherheits- und Überwachungsstaat, PapyRossa, Köln, 2021, 368 S., 19, 90 Euro*

In der Einführung macht Rolf Gössner deutlich, worum es ihm in seinem Buch geht: den „Weg in den präventiv-autoritären Sicherheits- und Überwachungsstaat, den die bundesdeutsche Sicherheitspolitik schon lange beschritten“ (9) habe. Gössner, der selbst Jahrzehnte vom Verfassungsschutz beobachtet wurde und schließlich erfolgreich gegen diese Vorgänge klagte, betrachtet diesen Weg nicht nur als Jurist und Publizist, sondern auch aus eigener Erfahrung.

Die Entwicklung der sicherheitspolitischen Praktiken und der Ausweitung von Befugnissen repressiver staatlicher Apparate skizziert Gössner im ersten Teil des Buches anhand von Reden, die im Rahmen des seit dem Jahr 2000 verliehenen Negativpreises „BigBrotherAwards“ gehalten wurden. Diese werden außerdem um Updates zum Sachverhalt und teils um Reaktionen der betroffenen Preisträger:innen ergänzt. Ausgezeichnet wurden und werden Regierungen, einzelne Minister:innen, staatliche Behörden und andere Institutionen, die aus Sicht der Jury dazu beigetragen haben, Grundrechte zum vermeintlichen Schutz der Sicherheit einzuschränken. Die Zusammenstellung der ausgewählten Preisträger:innen und der jeweiligen Sachverhalte leistet einerseits einen Beitrag dazu, die fortschreitende Entrechtung der Bürger:innen, wenn auch teils selektiv, in einem Längsschnitt zu veranschaulichen. Andererseits wird ein Umstand deutlich, der zunächst widersprüchlich anmutet, aber kein Spezifikum der letzten 20 Jahre darstellt: Insbesondere nach Skandalen wurden Kompetenzen der repressiven Staatsapparate erweitert und jene personell sowie technologisch aufgerüstet. Dies



war u.a. bereits nach Behörden-Skandalen in den sechziger und siebziger Jahren der Fall – als Beispiel sei die Abhöraffaire genannt, in die der Verfassungsschutz verwickelt war.<sup>1</sup> Besonders deutlich wird diese Beobachtung in Gössners Buch ebenfalls anhand des Bundesamtes und der Landesämter für Verfassungsschutz, die im Jahr 2016 den „BigBrother-Lifetime-Award“ erhalten haben. Hinsichtlich der Verstrickung des Inlandsgeheimdienstes in den NSU-Komplex kommt Gössner zu folgender Einschätzung: „Der ‚Verfassungsschutz‘ hat über seine bezahlten und auch kriminellen Spitzel Naziszenen mitfinanziert, rassistisch geprägt, nicht selten gegen polizeiliche Ermittlungen geschützt und gestärkt, anstatt sie zu schwächen. Auf diese Weise ist er selbst Teil des Naziproblems geworden“ (81). Nun war dies für viele politische Entscheidungsträger:innen kein Anlass, die Behörden gründlich umzustrukturieren oder gar als Geheimdienste aufzulösen. Stattdessen wurden deren Kompetenzen in vielen Ländern und im Bund ausgeweitet.

Sowohl die Besetzung der Jury des Awards als auch das im Band enthaltene Grußwort von Gerhart Baum (FDP) zeigen, dass das Buch und das personale wie organisatorische Umfeld des „BigBrotherAwards“ durch eine Allianz (links-)liberaler Akteur:innen geprägt ist. Dies erscheint wohl sinnvoll, um für die politischen Absichten eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen und für das Thema zu sensibi-

lisieren. Interessant wird dies jedoch, wenn es darum geht, die von Gössner zusammengetragene Entwicklung einzuordnen und zu analysieren: Welche Probleme sind der Ausgangspunkt für die Entrechtung großer Teile der Bevölkerung? Dem widmet sich der zweite Teil des Buches.

Diesen eröffnet Gössner damit, dass die skizzierten, präventiv-autoritären Maßnahmen in der öffentlichen Kommunikation durch die „Abwehr und Ahndung von Kriminalität, Gewalt und Terror“ (275) legitimiert würden. Stattdessen gelte es jedoch, den Blick „auf Ursachen und Bedingungen von Kriminalität, Gewalt und Terror zu lenken“ (ebd.). Auch kommt Gössner in seinen Ausführungen immer wieder zu dem Schluss, dass einschlägige Maßnahmen nicht geeignet und in Abwägung mit Freiheitsrechten unverhältnismäßig seien, um mutmaßlich erwünschte Effekte zu erzielen. Bspw. kommt der Autor im Fall des Attentäters vom Berliner Breitscheidplatz Anis Amri zu dem Schluss, dass „keine Gesetzeslücken, [...] sondern Vollzugsdefizite und Manipulationen, Pannen und Versagen“ (288) Gründe für den erfolgten Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt im Jahr 2016 waren. Dennoch resultierten aus dem Fall Amri bedenkliche „Nachrüstungsmaßnahmen“ (ebd.).

Eine entscheidende, auch demokratietheoretisch bedenkenswerte, Einordnung der Versicherheitlichung der Gesellschaft ist, dass die Präventionslogik insgesamt „die Beziehungen zwischen Bürger:innen und Staat“ (324) umdrehe. Eine grundsätzliche Unschuldsvermutung bestehe nicht mehr, stattdessen verlieren die Menschen ihre Abwehrrechte gegenüber dem Staat

<sup>1</sup> Siehe dazu auch das Buch „Strammstehen vor der Demokratie“ von Maximilian Fuhrmann und Sarah Schulz, das in Z 128 besprochen wurde.

und sind stets potentielle Gefährder:innen. In seinem Schlussplädoyer kommt Gössner auf das zu sprechen, was anstelle des Abbaus von Demokratie- und Freiheitsrechten tatsächlich angegangen werden müsse, um die Welt sicherer zu machen. Dies seien u.a. Klima- und Friedenspolitik sowie „eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung“ (335 f.). Den gesamten öffentlichen Diskurs betreffend, benennt Gössner damit zweifellos wichtige Aspekte und wirbt um ein Denken fernab von Versicherheitlichung und Sympathie für autoritäre Strukturen. Was in seinem Plädoyer ggf. zu kurz kommt, ist eine Einordnung all jener Prozesse. Warum erleben entsprechende staatliche Maßnahmen einen solchen Auftrieb? Handelt es sich hier evtl. um entdemokratisierende Maßnahmen, die Ökonomie und Staat in anstehenden kapitalistischen Transformationspro-

zessen gegen Widerstand immunisieren sollen? Vielleicht erfordern solche Fragen jedoch auch einen Blickwinkel, der von der Konzeption des Bandes nicht erwartet werden kann.

Zum Abschluss des Buches bewertet Gössner die Eindämmungsmaßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie – soweit dies zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses möglich war. Auch wenn einzelne seiner Analysen sicherlich strittig sind, bleibt doch eine entscheidende Botschaft berechtigterweise stehen: Alle diesbezüglich getroffenen Maßnahmen, die Freiheit und Demokratie beeinträchtigt haben, müssen nach der Pandemie vollständig beseitigt werden. Corona sollte kein Freibrief für Machtträger:innen sein, den „Weg in den präventiven Sicherheits- und Überwachungsstaat“ ungebremst zu beschleunigen.

*Dominik Feldmann*